

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilage: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“

erschint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Rappier, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 18, Am Röttchischen Post 2.
Telephon: Moritzplatz 17/19, 147 20.

Inserate: Die sechsgehebelte Kompositionsetze oder deren Raum 1,50 Mark. Arbeitsvermittlungen 75 Pfennig. Verbandsanzeigen 50 Pfennig pro Zeile.

Die Entscheidung des Lohnamtes.

Die Beratungen, die in den Tagen vom 1. bis 3. Februar in Leipzig gepflogen wurden, waren für die deutsche Holzindustrie von außerordentlicher Bedeutung. Wie die gesamte Wirtschaft, so liegt auch das Holzgewerbe schwer bedrückt. Unannehmlich groß ist die Zahl der arbeitslosen Holzarbeiter, und von den noch beschäftigten arbeitet ein sehr großer Teil verküppelt. Das bedeutet für die Arbeiterschaft bittere Not und Entbehrung. Wir verkennen aber nicht, daß auch die Lage der Unternehmer keineswegs rosig ist. Die Wirtschaftskrise, Mangel an Aufträgen und die Schwierigkeit der Kapitalbeschaffung machen auch ihnen schwere Sorge.

Unternehmer und Arbeiter leiden unter der Not der Zeit. Daß es auf Abhilfe gesonnen wird, ist begreiflich. Aber die Mittel, welche die Unternehmer anwenden wollen, sind verkehrt. Sie müssen, würden sie verwirklicht, die Schwierigkeiten nur noch weiter steigern. Durch die Kündigung der Lohnabkommen haben sie zum Ausdruck gebracht, daß sie die Löhne herabsetzen wollen. Ob sie über das Maß des Abzuges nicht einig werden könnten, oder ob sie aus tatsächlichen Gründen mit der Bekanntgabe ihrer Forderungen zurückhielten, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls wurden die Forderungen unseren Kollegen in den Bezirken nirgends zugestimmt. Erst am Sonnabend, dem 30. Januar, als man sich bereits zur Reise nach Leipzig rüstete, erhielt unser Verbandsvorstand die Mitteilung, daß der Arbeitgeberverband die Herabsetzung der Löhne auf den Stand vom 1. Juni 1925 fordern würde. Er verlangte also die Rückgängigmachung aller Zugeständnisse, die beim Abschluß der Aussperrung im Sommer vorigen Jahres gemacht worden waren, oder mit anderen Worten eine Herabsetzung der Löhne um 9 bis 36 Prozent, im Durchschnitt um 18 Prozent.

Unser Verbandsvorstand hatte aus Anlaß der bevorstehenden Verhandlungen den

Verbandsbeitrag

auf den 1. Februar nach Leipzig berufen. Der erste und wichtigste Punkt der Tagesordnung betraf natürlich den geplanten Lohnabbau. Einmütig und entschieden wurde hier von allen Rednern die Ansicht vertreten, daß von einem Abbau der Vertragslöhne unter keinen Umständen die Rede sein könne. Wenn die Unternehmer auf ihrer Forderung beharren, dann sei es besser, auf den Abschluß von Lohnabkommen zu verzichten. Selbst wenn es da und dort gelingen sollte, Abzüge durchzusetzen, so behalte man doch freie Hand, zur gegebenen Zeit auch unseinerseits die Konjunktur entsprechend auszunutzen. Die gleiche Einmütigkeit wie in dieser Frage, konnte nachher auch bei der Behandlung innerer Verhandlungsangelegenheiten festgestellt werden. Der materielle und mehr noch der ideale Wert der Arbeitslosenunterstützung wurde stark unterstrichen. Hierin gab es nur eine Meinung, was um so bemerkenswerter ist, als noch in einer nicht sehr weit zurückliegenden Zeit, wenn auch nur vereinzelt, Stimmen laut geworden waren, die der Abschaffung der sozialen Unterstützung zugunsten eines Ausbaues der Streikunterstützung das Wort redeten. Die Arbeitslosenunterstützung stellt zurzeit begrifflicherweise außerordentlich hohe Anforderungen an die Verbandskasse. Sie wird aber soweit als irgend möglich durchgehalten werden. Zum Schluß hielt noch Kollege Tarnow einen äußerst anregenden Vortrag über seine Amerika-reise. Dem von den Zuhörern gewünschten Wunsch, diesen Bericht allen Mitgliedern zugänglich zu machen, wird, wie Tarnow mitteilte, dadurch Rechnung getragen werden, daß er demnächst mit der Veröffentlichung in der „Holzarbeiter-Zeitung“ beginnen wird. Bisher war er durch die Arbeit an dem in Buchform erscheinenden Bericht der Gewerkschaftsdelegation zu stark in Anspruch genommen.

Gleichzeitig mit unserer Vertretung hielt auch der Arbeitgeberverband eine Vertreterkonferenz ab. Die Vertreter beider Parteien trafen dann am 2. Februar zu den

Vertragsverhandlungen

zusammen. Die formellen Schwierigkeiten, die sich aus der Konstruktion der Verträge im Holzgewerbe ergeben, wurden ziemlich leicht überwunden. Tatsächlich sind unsere Tarifverträge Bezirksverträge, und dementsprechend sind auch die dazugehörigen Lohnabkommen bezirklich abgeschlossen. Erst der Zusatzvertrag vom 13. Oktober 1925, durch den das Lohnamt eingeführt ist, gibt den Zentralvorständen das formelle Recht zur Mitwirkung bei Vertrags- und Lohnverhandlungen, verpflichtet sie aber auch, Vorkahrungen zu treffen, um gleichzeitige Verhandlungen für alle beteiligten Tarifgebiete zu führen. Das zentrale Lohnamt soll aber erst in Funktion treten, wenn die Verhandlungen zwischen den bezirklichen Parteien zu keinem Ergebnis führen. Im vorliegenden Fall konnte man der vorgeschriebenen Form in der Weise genügen, daß die Vertreter aller Bezirksparteien zunächst zu einer gemeinsamen Sitzung zusammenkamen. Es waren je etwa 40 Unternehmer- und Arbeitervertreter aus den Bezirken anwesend, und nach ge-

beratung trugen von jeder Seite drei Vertreter die allgemeinen Gesichtspunkte vor. Daraus trat das Lohnamt zusammen, dem von jeder Partei fünf Mitglieder angehören.

Im Lohnamt begannen nun die eigentlichen Verhandlungen. Von den Unternehmern wurde nicht nur der allgemeine Lohnabbau gefordert, außerdem lagen aus einigen Vertragsgebieten Anträge auf Änderung des Lohnschlüssels vor. Diese Anträge bezogen sich meist darauf, die Spanne zwischen Fach- und Hilfsarbeitern zu vergrößern, es wurde aber auch eine Änderung des Orts- und des Altersklassenschlüssels verlangt. Diese Änderungen konnten gefordert werden, weil in den fraglichen Bezirken der Schlüssel im gekündigten Lohnabkommen geregelt wurde, während in der Mehrzahl der Fälle die Abstaffelung der Löhne in dem nichtgekündigten Mantelvertrag vorgenommen ist.

Die Verhandlungen im Lohnamt konnten zu keinem Ergebnis führen. Die Unternehmer ließen zwar durchblicken, daß sie nicht auf der vollen Höhe des geforderten Abzuges beharren würden, aber von unseren Kollegen wurde nicht nur betont, daß keinerlei Abzug zugestanden werden könne, für diesen Standpunkt wurden auch so durchschlagende wirtschaftliche und organisatorische Gründe geltend gemacht, daß sich auch die Unternehmer schließlich dem Eindruck dieser Argumente nicht entziehen konnten. Als Beauftragte ihrer Partei konnten sie aber auch die Forderung nicht zurückziehen. Es mußte schließlich festgestellt werden, daß diesmal ein Ergebnis ohne Dinzuziehung eines Unparteiischen nicht zu erzielen sein werde. Man einigte sich, den Leipziger Stadtrat Dr. Bluth um Übernahme des Schiedsrichteramtes zu bitten. Dieser erklärte sich dazu bereit und opferte einen langen Tag der wenig dankbaren Aufgabe. Am 3. Februar traten morgens wieder die Vertreter aller

unter dem Vorsitz des Unparteiischen

zusammen. Um diesen ins Bild zu setzen, wurden wieder von je zwei Rednern der beiden Parteien die allgemeinen Gesichtspunkte vorgetragen, worauf sich das Lohnamt zu seiner Arbeit zurückzog. Vor dem Lohnamt erschienen dann nacheinander die Vertreter der Bezirke, in denen neben dem allgemeinen Lohnabbau Sonderforderungen erhoben waren. Sie hatten vorher unter sich beraten. Bei der Begründung ihrer Ansichten vor dem Lohnamt ergab sich in der Regel, daß die Forderung der Unternehmer auf Verschlechterung des Schlüssels mit Gegenforderungen beantwortet wurde. Eine Verständigung wurde in keinem Fall erzielt. Das gilt auch für die allgemeine Forderung auf Lohnabbau, für welche das Lohnamt die Vertreter der einzelnen Bezirke nicht besonders zu hören brauchte. Wiederrum zogen sich die Verhandlungen des Lohnamtes, die nur durch eine kurze Mittagspause unterbrochen wurden, in die Länge. Es war etwa 9 1/2 Uhr abends, als sämtliche Bezirksvertreter wieder zusammentraten. Hier verkündete Herr Dr. Bluth den folgenden Schiedsspruch:

In der Lohnstreitfrage der Tarifparteien für das Holzgewerbe in den Tarifgebieten

Baden, Bayern, Brandenburg, Bremen, Cassel, Düsseldorf, Halle, Hamburg, Provinz Hessen-Nassau, Köln, Niederachsen, Freistaat Sachsen, Schlesien, Schleswig-Holstein, Swinemünde, Thüringen, Württemberg

wird unbeschadet der Vorschrift im § 4, Absatz 2 des Zusatzvertrages über das Lohnamt vom 13. Oktober 1925 folgender Schiedsspruch

I. Die Lohnabkommen für die vorgenannten Tarifgebiete werden bis zum 31. Juli 1926 mit dreiwöchiger Kündigungsfrist verlängert. Sie können erstmalig am 10. Juli zum 31. Juli gekündigt werden. Erfolgt keine Kündigung, dann laufen die Lohnabkommen unter Einhaltung einer dreiwöchigen Kündigungsfrist stillschweigend weiter.

II. Die Verlängerung des Lohnabkommens für das Tarifgebiet Köln gilt mit der Maßgabe, daß, wenn sich dort die wirtschaftlichen Verhältnisse bis zum 31. März 1926 ändern, von einer Partei gemäß den Bestimmungen des Zusatzvertrages vom 13. Oktober 1925 eine Änderung der Löhne beantragt werden kann.

III. Für das Tarifgebiet Halle gilt die Verlängerung des Lohnabkommens mit folgender Änderung des Berufsgruppen schlüssels:

Facharbeiter 100 Prozent, Hilfsarbeiter 85 Prozent, Facharbeiterinnen 70 Prozent, Hilfsarbeiterinnen 55 Prozent.

IV. Für das Tarifgebiet Thüringen gilt die Verlängerung des Lohnabkommens mit der Einschränkung, daß die Lohnspanne zwischen dem Durchschnitts- und Mindestlohn von 7 auf 10 Prozent erweitert wird.

V. Für das Tarifgebiet Baden wird festgesetzt, daß die Lohnschlüssel für die Dauer des Tarifvertrages gelten.

VI. Im übrigen empfiehlt das Lohnamt den Zentralvorständen aus Anlaß der jetzt noch vorliegenden Anträge

auf Staffellungsänderungen, eine Kommission einzusetzen zur grundsätzlichen Nachprüfung der Lohnschlüssel und der tarifvertraglichen Entlohnungsgriffe.

VII. Den Landesvertragsparteien wird Frist bis zum 12. Februar 1926 gegeben zur Abgabe einer Erklärung über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches. Die Erklärung erfolgt zwischen den Vertragsparteien unter sich und an die beiderseitigen Zentralvorstände

Leipzig, den 3. Februar 1926.

Das Lohnamt für die Holzindustrie.

Der Vorsitzende, gez.: Stadtrat Bluth.

Arbeitgeberbeisitzer:

gez.: Arno Hagenah, W. Wolfrom, v. Jastrow, Reil, Josef Michel.

Arbeitnehmerbeisitzer:

gez.: M. Schlichter, M. Huber, W. Gerde, Ch. Schid, P. Volkmann.

Der Unparteiische hat sich demnach der Ansicht der Arbeitervertreter angeschlossen, wonach ein Abbau der Vertragslöhne zurzeit unmöglich ist und nicht verantwortet werden kann. Ungegen sprechen ernste volkswirtschaftliche Erwägungen. Das wichtigste volkswirtschaftliche Problem ist zurzeit die Belebung der Wirtschaft durch die Beschaffung von Krediten. Durch Lohnabbau kann die Wirtschaft nicht belebt werden. Die Herabsetzung der Kaufkraft der Arbeiter trägt nur dazu bei, die Krise zu verschärfen. Dazu kommt aber noch ein anderes. Bei der starken Einschränkung der Betriebe sind jetzt vielfach nur noch besonders leistungsfähige Kräfte beschäftigt. Gerade diesen Arbeitern die Löhne zu kürzen, wäre nicht nur ein Unrecht, sondern auch vom Standpunkt des Unternehmers sehr unklug. Man darf die Psyche des Arbeiters nicht außer acht lassen. Solch ein ungerichteter Druck auf den Lohn zerstört die Arbeitsfreude; ganz unwillkürlich wird darauf mit Verminderung der Leistung reagiert.

Wäre die Entscheidung in der Richtung auf einen Abbau der Vertragslöhne gefallen, dann wäre das praktische Ergebnis gewesen, daß keine Lohnvereinbarungen zustande kommen. In den einzelnen Betrieben besteht dann Freiheit in der Lohnbildung. Das ist ein Zustand, den mancher Unternehmer herbeisehnen mag; für die Unternehmerschaft in ihrer Gesamtheit und für die Organisation der Unternehmer insbesondere wäre das aber ein sehr unerwünschter Zustand. Das ist doch der tiefere Sinn der Organisationsbestrebungen der Unternehmer, die unlautere Konkurrenz in den eigenen Reihen auszuschalten. Dazu werden Tarifverträge und Vereinbarungen über die Löhne getroffen, und deshalb wird dahin gestrebt, die Löhne in den verschiedenen Gegenden des Reiches in ein bestimmtes gesundes Verhältnis zueinander zu bringen.

Unter diesem Gesichtspunkt sind die Interessen der Arbeiter mit denen der Unternehmer in gewisser Hinsicht gleichlaufend, wodurch die Tarifgemeinschaft erst ermöglicht wird. Aber auf beiden Seiten ist die Organisation nicht umfassend. Es gibt Unternehmer, die ihre Organisationsfreiheit ausnützen, um mit niedrigen Löhnen ihren Kollegen unlautere Konkurrenz zu machen, weil sie auch unorganisierte Arbeiter finden, die ihnen zu Willen sind. Wo unser Verband genügenden Einfluß hat, werden solche Idyllen gestört. Aber unser Einfluß reicht nicht überall hin, und so hört man jetzt schon den Jammer der Unternehmer über die böse Konkurrenz, die ihnen dieser oder jener Außenseiter macht. Werden die Lohnabkommen zerstückelt, dann haben diese Außenseiter völlig freie Bahn. Dann tritt auch an unseren Verband die Frage heran, ob es richtig ist, unsere ganze Kraft gegen alle Lohnrüdrer einzusetzen, oder ob es nicht richtiger ist, der Unternehmerorganisation an lebendigen Beispielen zu zeigen, wie sich der Zustand der Vertragsfreiheit in der Praxis für sie auswirkt. Überdies haben Lohnvereinbarungen für uns nur einen Sinn, wenn sie den Arbeiter in Zeiten schlechten Geschäftsganges vor Abzügen sichern. Verlangen die Abkommen in dieser Hinsicht, dann liegt auch kein Grund vor, uns in Zeiten stottern Geschäftsganges durch Vereinbarungen die Hände zu binden.

Der vorliegende Schiedsspruch lehnt die Forderung der Unternehmer in der Hauptsache ab und kommt somit den Wünschen der Arbeiter weit entgegen. Bei seiner Beurteilung darf jedoch nicht übersehen werden, daß die seitherigen Lohnabkommen so manche Unbequemlichkeiten enthalten, auf deren Beseitigung wir verzichten mußten. Die jetzt geltenden Löhne werden bis zum 31. Juli festgelegt. Das ist eine lange Zeit, für die wir auf eine Änderung der Vertragslöhne verzichten. Seit langen Jahren ist ein Lohnabkommen von solcher Dauer nicht getroffen worden. Bis zu seinem Ablauf können doch Dinge eintreten, die uns eine Bindung als recht erscheinen lassen. Alle diese Fragen müssen bei der Stellungnahme zum Lohnabkommen erwogen werden. Die Erklärungsfrist ist ziemlich kurz bemessen; erst nach ihrem Ablauf wird man sehen, ob es bei den seitherigen Lohnabkommen bleibt, oder ob, und dann für lange Zeit hinaus, die Lohnbindung in der Holzindustrie aufhört und die Lohnhöhe der jeweiligen Konjunktur eine ausschlaggebende Rolle spielt.

Sernwirkungen der Kriegsjahre.

Wenn man von dem durch den Krieg verursachten Menschenverlust spricht, denkt man in erster Linie an die im Kriege Getöteten. Weit größer aber als die Zahl der Gefallenen ist der Menschenverlust, der auf den Rückgang der Geburten während der Kriegszeit zurückzuführen ist. Die Stärke des Geburtenrückganges möge durch zwei Zahlen illustriert werden. Im Deutschen Reich wurden im Jahre 1913 1.804.508 Geburten registriert. Im Jahre 1917, wo der niedrigste Stand erreicht war, waren es nur 830.938, also weniger als die Hälfte. Dabei bildet das Jahr 1913, das hier, als das letzte vor dem Kriege, als Normaljahr angesehen wird, das letzte Glied einer Kette fortgesetzten Geburtenrückganges.

Wenn man von der Mitte des vorigen Jahrhunderts ausgeht, dann hatte das Jahrzehnt von 1871 bis 1880 die größte Geburtenhäufigkeit mit 40,7 auf 1000 Einwohner. Dann geht die Geburtenhäufigkeit fortgesetzt zurück, und sie betrug in dem Jahrzehnt von 1901 bis 1910 nur 33,9. Im Jahre 1913 waren nur 28,8 Geburten auf 1000 Einwohner gekommen. Das Jahr 1914 brachte nur eine verhältnismäßig kleine Verminderung auf 27,6. Dann aber wird der Rückgang schneller. Auf 1000 Einwohner kamen Geburten: 1915 21,0, 1916 15,7, 1917 14,4, 1918 14,7. Nach dem Kriege steigt die Geburtenhäufigkeit auf 20,7 im Jahre 1919 und 26,7 im Jahre 1920. Das Jahr 1921 bringt einen Rückgang auf 28,1, der sich fortsetzt auf 23,7 im Jahre 1922, 21,7 im Jahre 1923 und 21,1 im Jahre 1924. Die Geburtenhäufigkeit ist also nach dem Kriege weit niedriger als in den früheren Jahrzehnten, und sie bewegt sich weiter rückläufig.

Hier soll nur der Geburtenausfall während der Kriegsjahre näher betrachtet werden. Man schätzt diesen Ausfall auf 3,8 Millionen, während der Verlust durch Tod und Verwundung auf rund 2 Millionen geschätzt wird. Die erste Wirkung des Geburtenausfalles zeigte sich bei der Einschulung. Im Jahre 1921 wurde in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ eine Berechnung aufgemacht, welche die Verkleinerung des Reichsgebietes und die Sänglings- und Kindersterblichkeit auf Grund der fettherigen Erfahrungen berücksichtigt. Hiernach würde die Zahl der eingeschulter Kinder betragen:

| | Kinder | Kinder | |
|------------------|-----------|------------------|-----------|
| Oftern 1920 | 1.317.909 | Oftern 1924 | 654.173 |
| " 1921 | 1.234.528 | " 1925 | 700.189 |
| " 1922 | 808.623 | " 1926 | 1.318.045 |
| " 1923 | 721.011 | " 1927 | 1.276.913 |

Die wirklichen Zahlen der in den einzelnen Jahren eingeschulter Kinder sind uns nicht bekannt, sie werden aber kaum wesentlich von diesen Schätzungen abweichen. Es ist einleuchtend, daß eine solche starke Verminderung der Zahl der Schulkinder auf den Schulbetrieb einen starken Einfluß ausübt. Dieser Einfluß ist am stärksten in den Jahren 1923 bis 1930, wo die so stark geschwächten Jahrgänge gleichzeitig zur Schule gehen. Tatsächlich sind auch mancherorts die Klassenfrequenzen herabgesetzt worden, was zu begrüßen ist. Bei häufiger aber hat man Schulen zusammengelenkt und aufgehoben. Die Not der Turnlehrer, das heißt derjenigen Lehrer, die nach Abschluß ihrer Studien keine feste Anstellung finden, ist hauptsächlich auf diese Tatsache zurückzuführen.

Zeit bedeutsamer aber sind die Folgen des Geburtenausfalles in der Kriegszeit, die noch bevorstehen, wenn die enorm schwachen Geburtenjahrgänge in das wirtschaftliche Leben treten. Hierüber hat kürzlich der Reichsarbeitsrat im Reichsarbeitsministerium Dr. Strunden im „Reichsarbeitsblatt“ eine Studie veröffentlicht. Unter Anverwandlung der vorerwähnten Zahlen und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß etwa 10 Prozent der Vierzehnjährigen nicht auf den Arbeitsmarkt treten, weil sie entweder ihren Ausbildungsgang fortsetzen, im Elternhaus bleiben oder wegen Krankheit oder aus sonst einem Grunde nicht erwerbsfähig werden, berechnet er die Zahl der die Volksschule verlassenden und auf den Arbeitsmarkt tretenden jungen Leute folgendermaßen:

| | Schulstofflose | Der Ausfall beträgt gegenüber 1925 rund |
|------------------|----------------|---|
| Oftern 1928 | 1.293.900 | — |
| " 1929 | 1.210.528 | 80.000 |
| " 1930 | 793.023 | 500.000 |
| " 1931 | 717.431 | 570.000 |
| " 1932 | 650.903 | 640.000 |
| " 1933 | 696.673 | 590.000 |
| " 1934 | 1.311.475 | — |
| " 1935 | 1.270.537 | — |

Hierbei wird das Jahr 1928 noch als normal angenommen, dann zeigen sich in steigender Weise die Verluste, bis im Jahre 1934 der normale Zustand wieder Platz greift. Doch wirken die Verluste der vergangenen Jahre noch länger nach, denn auf dem Arbeitsmarkt ist bis dahin ein Ausfall von über zwei Millionen Arbeitskräften eingetreten, der sich erst voll auswirken wird, wenn die Jugendlichen der schwachen Jahrgänge ihre Lehrzeit beendet haben, also etwa in ihrem 18. Lebensjahr. Das wird in den Jahren 1933 bis 1937 eintreten. Bis zum Jahre 1937 werden über zwei Millionen Volksgenossen auf dem Arbeitsmarkt fehlen; von da an wird der Ausfall wieder steigen. Das der Menschenverlust durch den Geburtenausfall im Kriege noch viel weiter nachwirken wird, nämlich durch Verminderung der Zahl der Eheschließungen und weiterhin durch Verminderung der Geburten, wenn die in der Kriegszeit Geborenen in das heiratsfähige Alter treten, sei am nebenbei erwähnt. Es wird noch sehr lange dauern, bis der Ausfall schließlich eintritt und die Kriegsfolgen völlig überwunden sind.

Wichtig sind die Auswirkungen auf das Wirtschaftsleben, wenn der Ausfall an Arbeitskräften in Verbindung tritt. Sie werden stark von der dann herrschenden Konjunktur abhängen. Sollte dann eine Krise herrschen, wie gegenwärtig, dann würde der Mangel an Arbeitskräften noch erschwerender gestalten. Es wäre aber zu hoffen, daß die Wirtschaft in den kommenden Jahren so konsolidiert, daß wir von einer solchen Krise verschont bleiben. Von Fall aber, was mit einem ernstlichen Mangel an Arbeitskräften in den nächsten Jahren gerechnet werden.

Der Mangel an Facharbeitern wird die Position der Arbeiter in den Auseinandersetzungen mit den Unternehmern stärken. Der Mangel an Arbeitskräften wird auch zu einer Minderung der Produktion, zu Warenmangel und Preissteigerungen und demzufolge zu Lohnerhöhungen führen. In gewissem Maße werden diese Wirkungen allerdings dadurch abgeschwächt, daß sich auch die Zahl der Verbraucher vermindert.

Wie sich die Dinge tatsächlich gestalten werden, läßt sich sehr schwer voraussagen. Noch trennt uns eine Reihe von Jahren von dem Eintritt der kritischen Zeitläufe, und bis dahin kann sich noch manches ereignen, was die Schätzungen und Berechnungen über den Ausfall wirt. Verehrt wäre es aber, die Dinge laufen zu lassen und uns mit dem billigen Trost abzufinden: Kommt Zeit, kommt Rat. Der ernste Volkswirt muß in die Zukunft blicken und Vorsorge treffen für Erscheinungen, deren Kommen man voraussetzt, auf die Gefahr hin, daß die Entwicklung durch das Dazwischentreten unvorhergesehener Ereignisse eine andere Wendung nimmt. Strunden hält mit Recht die Facharbeiterfrage für die wichtigste. Er sagt: „Die Betriebe werden sich noch mehr als bisher bemühen müssen, ihren Facharbeiterstand möglichst zu erhalten. Für die ganze Volkswirtschaft ergibt sich vermehrt die Notwendigkeit, gegen den Anreiz zur Auswanderung ins Ausland Gegengewichte zu schaffen.“ Diese Wendung erweckt den Anschein, als bemühten sich die Unternehmer jetzt schon, ihren Facharbeiterstand in der schlimmen Zeit durchzuhalten, und als ob wirtschaftliche Maßnahmen getroffen würden, um dem Drang zur Flucht aus dem Elend der Heimat entgegenzuwirken. Wer den Dingen nähersteht, weiß, daß von beidem keine Rede sein kann, in der Praxis wenigstens nicht. Das Unternehmertum kennt keine sozialen Rücksichten. In Massen werden die Arbeiter auf die Straße gesetzt, und der Drang zur Auswanderung wird nicht sowohl durch innerpolitische Maßnahmen gehemmt wie durch die Schwierigkeit, im fremden Lande ein Fortkommen zu finden, und durch die Unmöglichkeit für viele Auswanderungslustige, die erforderlichen Mittel aufzubringen.

Sehr beachtenswert ist aber für alle Fälle der Hinweis Strundens auf die Notwendigkeit, der Ausbildung des Nachwuchses die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Lehrlingausbildung ist an sich ein wichtiges Problem. Im Hinblick auf den zu erwartenden Mangel an Facharbeitern ist es doppelt wichtig; wird doch dieser Mangel durch gesteigerte Leistungsfähigkeit zum Teil ausgeglichen werden müssen. Um so verwunderlicher ist es, daß man den Entwurf für ein Berufsausbildungsgesetz in den Regierungskreisen schieben läßt, statt ihn mit größter Beschleunigung den gesetzgebenden Faktoren zur Erledigung vorzulegen.

Die bevorstehende Auswirkung des Geburtenrückganges in den Kriegsjahren auf den Arbeitsmarkt ist eine Angelegenheit, die auch die Gewerkschaften interessiert. Wenn auch die Verminderung des Angebots auf dem Arbeitsmarkt die Stellung der Gewerkschaften verbessert, so haben wir doch keine Veranlassung, Maßnahmen entgegenzuwirken, die geeignet sind, die Schäden abzumildern, die sich daraus für die Volkswirtschaft ergeben. Man wird aber auch nicht übersehen dürfen, daß sich die eigentlichen akuten Einwirkungen des Geburtenrückganges auf den Arbeitsmarkt auf wenige Jahre zusammendrängen. Nach deren Ablauf ist eine Wendung zu erwarten, die bei allen zu treffenden Maßnahmen mit in Erwägung gezogen werden muß.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Aufruf

für die Neuwahlen der Betriebsvertretungen im Jahre 1926.

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen sind einheitlich nach den Richtlinien der unterzeichneten Spitzenverbände in den Monaten Februar und März 1926 durchzuführen. Von den Ortsausschüssen des ADGB und den Ortsstellen des IFA-Bundes ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an welchem alle Betriebsvertretungen die Bestellung des Wahlvorstandes vornehmen und diejenigen Betriebsstellen, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, ihren Unternehmer zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften.

Alle Betriebsvertretungen, welche im Laufe des Jahres 1925 gewählt worden sind, sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen durchführen. Maßgebend sind § 23 bzw. §§ 42 und 43 BFG. Betriebsvertretungen, welche erst im Jahre 1926 gewählt worden sind, bleiben im Amt, ebenso diejenigen Betriebsvertretungen, bei denen besondere Verhältnisse vorliegen, auch wenn die Wahlen schon im Jahre 1925 stattgefunden haben. Hierbei ist jedoch eine Berücksichtigung mit den maßgebenden Gewerkschaften notwendig.

Diese Anweisungen sind genauestens zu beachten, damit Schädigungen der Arbeiterbewegung vermieden werden.

Maßgebend für die Durchführung der Wahl sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte sind die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 und die Richtlinien des IFA-Bundes vom 3. Juli 1924. Hiernach ist genau zu verfahren. Insbesondere ist unter allen Umständen zu unterlassen, in verkleinert oder offener Form politische Listen aufzustellen. Außerdem dürfen in keinem Fall in die Listen der freien Gewerkschaften Kandidaten aufgenommen werden, die unorganisiert sind. Wo hiergegen Verstöße vorkommen, können die Gewerkschaften derartige Wahlen auf Grund der Kongressbeschlüsse nicht anerkennen.

Die Entwürfe für die zur Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare sind enthalten in dem allgemein verbreiteten Kommentar von Flatow. Diese Materialien bei der Unternehmer zur Verfügung zu stellen.

Nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten aller deutschen Länder ist in vielen Betrieben eine Wahlmündigkeit der Belegschaften festgestellt worden. Diese Beobachtungen bedeuten für die Gewerkschaften. Es ist unerantwortlich, daß ein

Teil der deutschen Arbeiter und Angestellten von ihrem wichtigen Mitbestimmungsrecht keinen Gebrauch macht und sich infolgedessen auch seiner großen Rechte hieraus freiwillig begibt. Unter allen Umständen muß erreicht werden, daß in allen Betrieben, für die gesetzliche Betriebsvertretungen zuständig sind, derartige Betriebsvertretungen auch gewählt werden.

Die Gewerkschaften haben angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und der damit verbundenen großen Arbeitslosigkeit alle Kräfte dafür eingesetzt, die Schäden, welche sich hieraus für Arbeiter und Angestellte ergeben, zu mildern oder zu beseitigen. Bei der Durchführung des Achtstundentages, der Einführung von Arbeitsurlauben und von Kurzarbeit sowie bei geplanten Betriebsstillegungen haben die Betriebsräte wichtige gesetzliche Rechte auszuüben. Die Gewerkschaften können nur in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten auf diesen Gebieten die Arbeitnehmerrechte wahren. Es ist daher unbedingte Pflicht, nur solche Betriebsräte zu wählen, die mit diesen gesetzlichen Rechten genau vertraut sind. Belegschaften, die anders handeln, haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie in der gegenwärtigen Krise vollkommen schutzlos sind.

Nunmehr an die Arbeit! Das wichtige gesetzliche Mitbestimmungsrecht ist zu seiner vollen Geltung zu bringen! Die Stärkung der Kampfkraft der freien Gewerkschaften muß wiederum die Parole bei den Betriebsrätewahlen sein. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Deutschlands Außenhandel 1925.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht jetzt das Zahlenresultat des deutschen Außenhandels im Jahre 1925. Während die Monate Januar bis November einen starken Einfuhrüberschuß aufweisen, ergibt die Statistik für Dezember einen kleinen Ausfuhrüberschuß. In diesem Monat betrug der Wert der reinen Wareneinfuhr (ohne Silber und Gold) 757,9 Millionen Mark und der Wert der reinen Warenausfuhr 793,9 Millionen Mark. Der Ausfuhrüberschuß beträgt 36,8 Millionen Mark. Wird die Gold- und Silberrechnung mit berücksichtigt, ergibt sich ein Ausfuhrüberschuß von 33,6 Millionen Mark. Prüft man die Ursachen, die zu dieser Entwicklung führten, so kommt man zu keiner erfreulichen Feststellung. Der Ausfuhrüberschuß ist eine Folge der schweren deutschen Wirtschaftskrise. Die Not der Zeit zwingt zu einer Einschränkung der Einfuhr. Vom November auf Dezember ist der Wert der reinen Wareneinfuhr um etwa 100 Millionen Mark zurückgegangen. Mein hierauf ist der Ausfuhrüberschuß zurückzuführen. Der Ausfuhrüberschuß ist an sich kein Schaden, aber er ist nur eine vorübergehende Erscheinung. Wenn die deutsche Wirtschaft wieder flott ist, wird das, was jetzt bei der Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten versäumt werden mußte, rasch nachgeholt werden. Keine Freude über die aktive Handelsbilanz im Dezember könnte man haben, wenn sie eine Folge der gesteigerten Ausfuhr wäre. Das ist aber nicht der Fall. Der Ausfuhrüberschuß im Dezember drückt den Einfuhrüberschuß im Jahre 1925 zwar ein wenig herab, er ist mit 4,3 Milliarden Mark aber noch immer erschreckend hoch. Aber die Entwicklung des deutschen Außenhandels in den letzten zwei Jahren und im Vergleich zu 1918 unterrichtet folgende Zusammenstellung:

| Jahr | Lebende Tiere | Lebensmittel und Getränke | Rohstoffe und halbfertige Waren | Fertige Waren | Reiner Warenverkehr | Außer dem Gold und Silber | Einfuhrüberschuß des Gesamt-handels |
|---------------------------|---------------|---------------------------|---------------------------------|---------------|---------------------|---------------------------|-------------------------------------|
| Einfuhr in Millionen Mark | | | | | | | |
| 1913 | 289,7 | 2796,5 | 6260,4 | 1422,1 | 10788,7 | 437,4 | 1007,5 |
| 1924 | 92,5 | 2777,0 | 4584,4 | 1711,2 | 9185,1 | 181,8 | 3650,1 |
| 1925 | 122,0 | 4034,0 | 6287,7 | 2005,0 | 12449,6 | 718,1 | 4335,8 |
| Ausfuhr in Millionen Mark | | | | | | | |
| 1913 | 7,4 | 1069,7 | 2240,5 | 6778,3 | 10096,8 | 103,7 | — |
| 1924 | 13,7 | 419,1 | 907,2 | 5191,1 | 6531,4 | 35,4 | — |
| 1925 | 15,2 | 509,8 | 1641,1 | 6625,9 | 8792,0 | 59,9 | — |

Vergleicht man die Einfuhrwerte von 1913 mit denen von 1925, so ist festzustellen, daß im vergangenen Jahre wesentlich mehr Waren eingeführt worden sind als 1913. Auffällig und zugleich bezeichnend für unsere heutigen Verhältnisse ist die starke Zunahme bei den Gruppen „Lebensmittel und Getränke“ und „Fertige Waren“. Die Rohstoffeinfuhr hat, wenn die Geldwertwertung berücksichtigt wird, einen Rückgang aufzuweisen. Bei der Ausfuhr ist erheblich die verhältnismäßig gute Fertigwarenausfuhr. Die Warenmenge bleibt hinter der von 1913 noch zurück, wenn die Geldwertwertung berücksichtigt wird, sogar ganz beträchtlich. Immerhin ist hier ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen. Alles in allem aber ist die Handelsbilanz für 1925 nicht befriedigend. Wenn es gelingt, mit allen Staaten zu günstigen Handelsverträgen zu kommen, ist zu hoffen, daß das Jahr 1926 mit einem wesentlich besseren Ergebnis abschneidet.

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Von den nachstehend aufgeführten Verwaltungsstellen ist die Abrechnung für das vierte Vierteljahr 1925 trotz erfolgter Rechnung bis zum 6. Februar noch nicht eingegangen: Gau Ostpreußen: Bartenstein, Orenghurt, Rorschen, Dautzen, Preuß.-Eulau, Tapiau, Wehlau. Gau Stettin: Marlow. Gau Breslau: Kadlub. Gau Erfurt: Suhl. Gau Radeburg: Salsbrunn, Wehrstedt. Gau Hannover: Wunde, Eise, Bone, Münden, Schömar, Soltau. Gau Düsseldorf: Arnberg, Herdorf, Gerha, Hamm, Reddinghausen, Giesen, Wiesdorf. Gau Frankfurt: Frankfurt, Siegen, Saarbrücken. Gau Nürnberg: Neuhaus, Litzendorf. Gau München: Verschlaggen, Gau Stuttgart: Appenweiler, Kesper, Gaildorf, Schönan, Willingen, Juffenhäuser.

Die Ortsverwaltungen in den obigen Verwaltungsstellen werden dringend ersucht, für unversäglich Einleitung der Abrechnung Sorge zu tragen, da sonst die Sperrung des Materials und der Zeitung eintritt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 7. Wochenbeitrag für die Woche vom 7. Februar bis 13. Februar 1928 fällig geworden.

Berlin S. O. 16, Am Köpenicker Park 2. Der Verbandsvorstand.

Zentralkommission der Bildhauer.

Der mit dem Verein Hamburg-Altonaer Holzbildhauermeister abgeschlossene Tarifvertrag (erwähnt im Protokoll der zweiten Reichskonferenz der Bildhauer in Leipzig) erhält einen Zusatz, gültig vom 25. April 1924 an, wonach bessere Kräfte 10 (statt 2) Prozent und beste Kräfte 20 (statt 3) Prozent über den für Hamburg-Altona allgemein gültigen Aufschlag von 15 Prozent über die Durchschnittslöhne für Facharbeiter erhalten.

Der erwähnte Hamburg-Altonaer Meisterverein hat beschlossen, daß keines seiner Mitglieder in diesem Jahre einen Lehrling einstellen darf.

In Bremen wollen die Bildhauermeister (Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Bildhauerbundes) in den kommenden drei Jahren keinen Lehrling einstellen. Es genügt auch schon die Zahl der Kleinmeister, denn es sind deren 28 am Ort gegenüber 10 Gehilfen, von denen zurzeit nur 3 voll arbeiten. Im ganzen sind 7 Bildhauerlehrlinge in Bremen.

Die Beschränkung der Lehrlingszahl wäre an anderen Orten noch viel notwendiger, wo zu Anfang des vorigen Jahres bei einer noch leidlich günstigen Konjunktur schon die Zahl der Lehrlinge die der Gehilfen weit überstieg. Es soll dagegen energisch vorgegangen werden, sofern uns die nötigen Unterlagen unterbreitet werden.

Auch bei anderen Betriebsleitern, Inhabern von Möbel- und Tischlereien, wächst die Erkenntnis, daß es unverantwortlich ist, in dieser vorläufig noch aussichtslosen Zeit der Krise junge Menschen dem Bildhauerberufe zuzuführen. Auch sie wollen Bildhauerlehrlinge nicht mehr einstellen.

Die eingehenden Fragebogen geben ein Bild von dem Tiefstand unseres Gewerbes, wie er kaum jemals vorher dargeboten ist. Wollen uns die Kollegen bei den zu treffenden Maßnahmen ihre Beihilfe nicht verlagern, um auch dem Bildhauerberuf über die schwere Zeit hinwegzuhelfen.

J. A. P. Dupont.

Korrespondenzen.

Dresden. (Maschinenarbeiter.) Unsere Jahresversammlung beschäftigte sich eingehend mit dem Bericht der Sächsischen Holzberufsgenossenschaft. Mehr als 1600 Unfälle kamen zur Anmeldung, davon waren 8 tödlich, und nur in 79 Fällen wurde eine dauernde Rente zuerkannt. Erschreckend hoch ist die Zahl der Todesfälle. Die meisten Unfälle sind an der Kreissäge zu verzeichnen. Nach unsern Feststellungen werden an den Kreissägen sehr oft ungeübte Maschinenarbeiter beschäftigt. Darauf ist es mit zuzuführen, daß hier die Zahl der Unfälle so groß und die Folgen so entsetzlich schwer sind. Bezeichnend in dem Bericht ist die Mitteilung, daß nur 200 Betriebe im Gebiet der sächsischen Holzindustrie von den technischen Aufsichtsbeamten besichtigt wurden. Dabei wollen die Herren festgestellt haben, daß außer geringfügigen Mängeln überall alles in bester Ordnung war. Auf Grund unserer Kenntnis der Verhältnisse in den Betrieben können wir diese Feststellung nicht begreifen. Es sei denn, daß nur die Mutterbetriebe besichtigt worden sind. Im Erzgebirge kennen wir Hunderte von Betrieben, wo sich die Antriebe ohne Ausrücker befinden. Selbst in Dresden und der näheren Umgebung waren wir genötigt, im verflorenen Jahr zwölf Beschwerden wegen mangelhafter Maschinenanlagen und schlechter hygienischer Zustände an die Gewerbeinspektion zu richten, die auch in allen Fällen für die Beseitigung dieser Mängel gesorgt hat. Unsere Maschinenarbeitersektion hat sich um Aufklärung zur Verhütung von Unfällen eifrig bemüht. Durch Lichtbilder- und sonstige instruktive Vorträge wurden die Kollegen mit den Gefahren ihres Berufes vertraut gemacht. Trotz der Tatsache, daß jährlich Tausende von Maschinenarbeitern ihre gesunden Gliedmaßen opfern müssen, zeigen die breite Öffentlichkeit, die Behörden und die Parlamente kein Verständnis für einen durchgreifenden gesetzlichen Schutz der menschlichen Arbeitskraft. Das muß uns anspornen, innerhalb unserer Organisation alle Möglichkeiten zu erschöpfen, auf die Regierung und Parlamente einzuwirken, damit baldigst gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Gesundheit und des Lebens unserer Kollegen getroffen werden.

Rauscha (Oberlausitz). Die Wirtschaftskrise ist auch den fleißigen Sägewerksbesitzern eine willkommene Gelegenheit, die Arbeiter nach Herzenslust zu schikanieren. Arbeiter, die fast 37 Jahre im Betrieb beschäftigt sind, werden einfach auf die Straße gesetzt. Dafür werden junge „Stahlhelmer“ eingestellt und in jeder Weise begünstigt. Auch die Löhne sollen abgebaut werden. Dabei sind die Sägerlöhne schon jämmerlich niedrig. Das Vorgehen der Unternehmer wird den uns noch fernstehenden Holzarbeitern die Augen öffnen und sie veranlassen, sich dem Deutschen Holzarbeiter-Verband anzuschließen.

Aus der Holzindustrie.

Internationaler Zusammenschluß des Holzhandels.

Auf dem europäischen Holzmarkt bereiten sich Dinge vor, die für die deutsche Holzwirtschaft von größter Bedeutung sind. Die Wirtschaftskrise in Deutschland, England, Holland und in anderen Staaten, die in Zeiten flotten Geschäftsganges große Mengen ausländischen Holzes verbrauchten, beeinträchtigt naturgemäß die Konjunktur auf dem internationalen Holzmarkt. Auch in den Holzüberseehändern flaut der Absatz trotz wesentlicher Verabfolgung der Preise. Zwischen einigen Ländern war ein heftiger Preiskampf im Entstehen, aber noch bevor er richtig in Gang kam, fand er schon sein Ende. Schweden und Finnland waren die Länder, die einen scharfen Konkurrenzkampf miteinander führten. Die Folge davon war ein fühlbarer Rückgang der Holzpreise auf dem internationalen Holzmarkt. Da für keines der beiden Holzüberseehändler die Aussicht bestand,

den Gegner unterzukriegen, verständigten sie sich auf Mindestpreise, die beim Verkauf ins Ausland zu fordern sind. Außerdem wurden umfangreiche Produktionsbeschränkungen vorgenommen, um nicht in die Zwangslage zu kommen, größere Mengen Holz unbedingt verkaufen zu müssen. Der Holzpreisschlag ist wesentlich tiefer als in früheren Jahren, und zahlreiche Sägewerke sind teilweise oder auch völlig stillgelegt worden. Dem schwedisch-finnischen Holzpreis-Abkommen gehören aus beiden Ländern die maßgebendsten Holzhandler und Sägewerksunternehmer an.

Gegenwärtig sind Bestrebungen im Gange, auch andere Holzüberseehändler für das Abkommen zu gewinnen. Man spricht bereits von einem europäischen Holzpartell. Mit Rußland sollen schon erfolgversprechende Verhandlungen stattgefunden haben, ebenso mit der Tschechoslowakei. Der Anschluß der Tschechoslowakei erscheint uns zunächst noch recht wenig wahrscheinlich, dagegen ist damit zu rechnen, daß Norwegen, Lettland, Estland und Litauen dem Holzpartell beitreten. Ungewiß ist die Haltung des

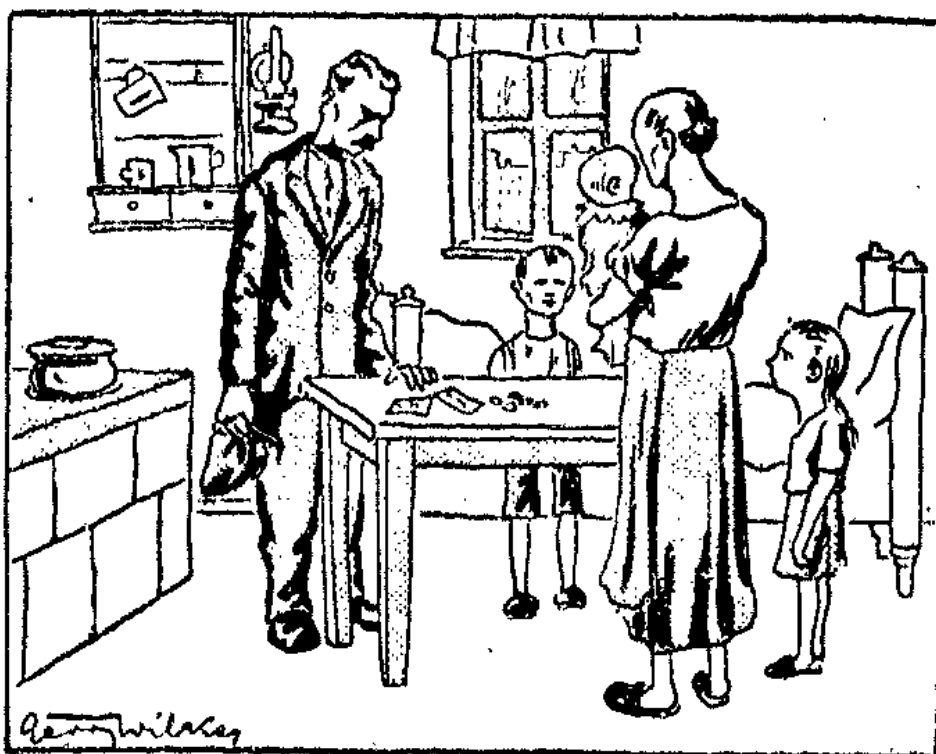
ihre Mindestpreise bereits zweimal erhöht. Weiter Erhöhungen werden angekündigt.

Welche Wirkung hat der Zusammenschluß der ausländischen Holzhandler auf die deutschen Holzpreise? Ein Blick in die Waldbesitzerzeitungen gibt die richtige Antwort darauf. Im „Deutschen Forstwart“ vom 8. Januar ist zu lesen:

„Wir nehmen von diesen zuverlässigen Meldungen (über das Holzpreisabkommen und die Bestrebungen eines europäischen Holzpartells) deshalb Notiz, weil sie wohl geeignet sind, unsere früheren, auf inländischen Verhältnissen beruhenden Mitteilungen über später unvermeidliche Preissteigerungen zu ergänzen. Die deutschen Holzpreise werden sich dem Einfluß dieser Zusammenschlüsse auf dem Weltmarkt nicht entziehen können, da wir einen erheblichen Teil unseres Holzbedarfes einführen müssen.“

Die Waldbesitzer begrüßen den Zusammenschluß der ausländischen Holzhandler, weil die Folge davon eine Erhöhung auch der deutschen Holzpreise ist. Daß ihre Rechnung stimmt, daran ist nicht zu zweifeln. Augenblicklich sieht es trübe aus auf dem deutschen Holzmarkt. Das Rundholzgeschäft stöckert, und noch größer ist die Ruhe auf dem Schnittholzmarkt. Aber weder die Waldbesitzer noch die Sägewerke und Holzhandlungen verfügen über große Mengen Holz. In letzter Zeit haben die Unternehmerzeitungen wiederholt festgestellt, daß die deutschen Holzbestände recht bescheiden sind, nach wenigen Monaten flotten Geschäftsganges würden sie halb aufgebraucht sein. Das ist die eine Hoffnung der an hohen Holzpreisen interessierten Leute, die andere ist die Erhöhung des Weltholzpreises als Folge der Gründung des europäischen Holzpartells. Die Leidtragenden sind die deutschen Holzverarbeitenden Industrien.

Soll es so bleiben?



Der Erwerbslose erhält Beihilfe an Unterstüfung



Die Fürstehure durch Gerichtsurteil 9000 Mk. Jahresrente

polnischen Holzhandels. Hier liegen die Verhältnisse ähnlich wie in der Tschechoslowakei; beide Länder sind gezwungen, sich zunächst einmal ein bestimmtes Absatzgebiet zu erobern. Dabei ist die Preisunterbietung eine der besten Waffen.

Kommt das Holzpartell zustande, dann ist es der Kleinherrscher auf dem europäischen Holzmarkt. Europa zählt 28 Staaten, die zusammen 290 219 000 Hektar Wald besitzen. Werden die Länder der Größe ihrer Waldfläche nach gruppiert, ergibt sich folgendes Bild:

Table with 2 columns: Land and Waldfläche (1000 Hektar). Rows include: Rußland (161 045), Schweden (21 624), Finnland (20 500), Deutschland (12 587), Frankreich (10 323), Polen (8 709), Norwegen (6 898), Jugoslawien (7 500), Rumänien (7 196), Spanien (4 866), Tschechoslowakei (4 661), Italien (4 564), Ukraine (3 333), Österreich (3 150), Bulgarien (2 280), Lettland (1 856), Griechenland (1 514), England (1 342), Schweiz (975), Ungarn (883), Litauen (836), Estland (786), Portugal (714), Belgien (540), Dänemark (348), Holland (248), Luxemburg (84), Freie Stadt Danzig (17).

Die Staaten, deren Zusammenschluß wahrscheinlich ist, nämlich Rußland, Schweden, Finnland, Norwegen, Lettland, Estland und Litauen, besitzen 213 515 000 Hektar Wald, das sind 73,8 Prozent der europäischen Waldfläche. Rußland, Schweden und Finnland allein haben 70 Prozent der europäischen Waldfläche im Besitz. Es ist klar, daß diese Länder, wenn sie in der Holzpreissfrage zusammenschließen, den europäischen Holzmarkt vollkommen beherrschen. Die vom Holzpartell festgesetzten Preise wirken sich in allen Ländern aus, auch in solchen, die, wie Deutschland, nicht völlig, aber doch in hohem Maße auf die Einfuhr ausländischen Holzes angewiesen sind. In demselben Maße, wie es gelang, das Holzpartell festher zusammenzuschließen, in dem gleichen Maße werden die Holzpreise erhöht werden. Schweden und Finnland haben seit Abschluß des Holzpreis-Abkommens

Bildung einer Kreditgemeinschaft deutscher Pianofabrikanten.

Nach Zeitungsmeldungen hat sich eine Anzahl der führenden Pianofabrikanten zu einer Kreditgemeinschaft zusammengeschlossen. Der Zweck ist die Erlangung von langfristigen Krediten, an denen es den deutschen Unternehmern so sehr fehlt. Zu den Gründungsfirmen gehören: Beckstein (Berlin), Blüthner (Leipzig), Feurich (Leipzig), Jbach (Barmen), Gebr. Niendorf (Ludenswalde), Duxsen (Berlin), Grotzian (Braunschweig), Förster (Löbau), Seiler (Pleignitz), Zetter u. Wintelmann (Braunschweig). Der Kreditgemeinschaft soll von einer Schweizer Gesellschaft ein Kredit von 8 bis 10 Millionen Mk. zur Verfügung gestellt worden sein. Die erforderlichen Sicherheiten werden durch die beteiligten Unternehmungen in Form von Wechselverpflichtungen gewährt und durch Zession (Abtretung) der Kaufverträge an die Kreditgemeinschaft als Treuhänder des ausländischen Geldgebers weiterhin verstärkt. Eine Angliederung anderer Pianofabrikanten ist für den Fall denkbar, daß eine Erweiterung der Kreditbasis durchgeführt wird.

Die Gründung der Kreditgemeinschaft deutscher Pianofabrikanten ist ein wichtiger Schritt auf dem Gebiete der Selbsthilfe der deutschen Unternehmer. Der jetzt zur Verfügung gestellte Kredit bedeutet für die beteiligten Unternehmungen eine wesentliche Erleichterung. Es ist zu hoffen, daß auch andere Unternehmer in der gleichen Weise arbeiten, damit die deutsche Wirtschaft die erforderlichen langfristigen Auslandskredite erhält.

Eine Unternehmerzeitung über das Elend der Korbmacherheimarbeiter.

Die „Korbmacher-Zeitung“ vom 1. Februar veröffentlicht einen Bericht ihres Mitarbeiters aus dem oberfränkischen Korbmacherbezirk, der sich mit der furchtbaren Notlage der Korbmacherfamilien beschäftigt. Nach einer kurzen Schilderung der trostlosen Geschäftslage in den einzelnen Branchen heißt es:

„Am schlimmsten sind die Hersteller der sogenannten „Grünerla“ daran. Hier wird das Duzend schon mit 50 Pf. gehandelt. Die größeren Sorten hiervon erreichen einen Preis bis zu 1,70 Mk. pro Duzend. Ein fleißiger Arbeiter kann nur, wenn er von morgens 7 bis abends 11 Uhr tüchtig am Geschäft ist, drei Duzend dieser Körbe herstellen. Hierzu benötigt er für 3 Mk. Material, so daß ihm ein Tagesverdienst von 2,10 Mk. oder ein Stundenlohn von rund 15 Pf. übrigbleibt. Wie es in mancher Familie unter solchen Umständen aussieht, braucht kaum näher geschildert zu werden.“

Es ist ein Unternehmer, der dies schreibt. Unter solchen elenden Verhältnissen leben viele tausende Korbmacher. Viele von ihnen kommen noch nicht einmal auf einen Stundenlohn von 15 Pf. Die Korbwarenindustrie in Oberfranken hat seit langem eine außerordentlich schlechte Geschäftslage. Wie die Dinge liegen, ist auch kaum darauf zu rechnen, daß die etwa 15 000 Mann zählende Arbeiterchaft wieder volle Beschäftigung in ihrem Beruf finden wird. Die Unternehmer haben mit ihren Ausbeutungsmethoden gegenüber den Arbeitern die Industrie so heruntergewirtschaftet, daß ihre Erzeugnisse fast nirgendwo noch einen guten Auf haben. Eine halberhängende Arbeiterchaft ist nicht in der Lage, Qualitätsarbeit zu leisten; diese ist aber Voraussetzung für den Wiederaufstieg des oberfränkischen Korbmachergewerbes.

Gewerkschaftliches.

Amsterdam und Moskau.

Der Internationale Gewerkschaftsbund veröffentlicht die Antwort des Zentralrats des Allrussischen Gewerkschaftsrats auf die Beschlüsse des IGB zur Frage der Gewerkschaftseinheit. Der Ausschuß des IGB. sagte in seiner Sitzung vom 2. bis 7. Februar 1925 folgenden Beschlüsse:

„Nachdem der Ausschuß Kenntnis genommen hat von der Korrespondenz zwischen dem Internationalen Gewerkschaftsbund und dem Allrussischen Gewerkschaftsrat, beauftragt er den Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes, dem Allrussischen Gewerkschaftsrat mitzuteilen, daß der Internationale Gewerkschaftsbund seit bereit erklärt, den Allrussischen Gewerkschaftsrat zuzulassen, wenn dieser Wunsch geäußert wird.“

er erklärt sich ebenfalls bereit, sobald der Allrussische Gewerkschaftsrat diesen Wunsch um Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund zur Kenntnis gebracht hat.

Gernwirkungen der Kriegsjahre.

Wenn man von dem durch den Krieg verursachten Menschenverlust spricht, denkt man in erster Linie an die im Kriege Getöteten. Welt größer aber als die Zahl der Gefallenen ist der Menschenverlust, der auf den Rückgang der Geburten während der Kriegszeit zurückzuführen ist. Die Stärke des Geburtenrückganges möge durch zwei Zahlen illustriert werden. Im Deutschen Reich wurden im Jahre 1913 1 894 598 Geburten registriert. Im Jahre 1917, wo der niedrigste Stand erreicht war, waren es nur 930 938, also weniger als die Hälfte. Dabei bildet das Jahr 1913, das hier, als das letzte vor dem Kriege, als Normaljahr angesehen wird, das letzte Glied einer Kette fortgesetzten Geburtenrückganges.

Wenn man von der Mitte des vorigen Jahrhunderts ausgeht, dann hatte das Jahrzehnt von 1871 bis 1880 die größte Geburtenhäufigkeit mit 40,7 auf 1000 Einwohner. Dann geht die Geburtenhäufigkeit fortgesetzt zurück, und sie betrug in dem Jahrzehnt von 1901 bis 1910 nur 33,9. Im Jahre 1913 waren nur 28,8 Geburten auf 1000 Einwohner gekommen. Das Jahr 1914 brachte nur eine verhältnismäßig kleine Verminderung auf 27,6. Dann aber wird der Rückgang schneller. Auf 1000 Einwohner kamen Geburten: 1915 21,0, 1916 15,7, 1917 14,4, 1918 14,7. Nach dem Kriege steigt die Geburtenhäufigkeit auf 20,7 im Jahre 1919 und 26,7 im Jahre 1920. Das Jahr 1921 bringt einen Rückgang auf 26,1, der sich fortsetzt auf 23,7 im Jahre 1922, 21,7 im Jahre 1923 und 21,1 im Jahre 1924. Die Geburtenhäufigkeit ist also nach dem Kriege weit niedriger als in den früheren Jahrzehnten, und sie bewegt sich weiter rückläufig.

Hier soll nur der Geburtenausfall während der Kriegsjahre näher betrachtet werden. Man schätzt diesen Ausfall auf 3,8 Millionen, während der Verlust durch Tod und Verwundung auf rund 2 Millionen geschätzt wird. Die erste Wirkung des Geburtenausfalles zeigte sich bei der Einschulung. Im Jahre 1921 wurde in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ eine Berechnung aufgemacht, welche die Verkleinerung des Reichsgebietes und die Säuglings- und Kindersterblichkeit auf Grund der fettherigen Erklärungen berücksichtigt. Hiernach würde die Zahl der eingeschulenen Kinder betragen:

| | Sinder | | Sinder |
|-------------|-----------|-------------|-----------|
| Oftern 1920 | 1 317 309 | Oftern 1924 | 654 173 |
| " 1921 | 1 234 528 | " 1925 | 700 189 |
| " 1922 | 808 623 | " 1926 | 1 318 045 |
| " 1923 | 721 011 | " 1927 | 1 276 913 |

Die wirklichen Zahlen der in den einzelnen Jahren eingeschulenen Kinder sind uns nicht bekannt, sie werden aber kaum wesentlich von diesen Schätzungen abweichen. Es ist einleuchtend, daß eine solche starke Verminderung der Zahl der Schulkinder auf den Schulbetrieb einen starken Einfluß ausübt. Dieser Einfluß ist am stärksten in den Jahren 1925 bis 1930, wo die so stark geschwächten Jahrgänge gleichzeitig zur Schule gehen. Tatsächlich sind auch mancherorts die Klassenfrequenzen herabgesetzt worden, was zu begrüssen ist. Viel häufiger aber hat man Schulen zusammengelassen und aufgehoben. Die Not der Junglehrer, das heißt derjenigen Lehrer, die nach Abkürzung ihrer Studien keine feste Anstellung finden, ist hauptsächlich auf diese Ursache zurückzuführen.

Wett bedeutender aber sind die Folgen des Geburtenausfalles in der Kriegszeit, die noch bevorstehen, wenn die anormal schwachen Geburtenjahrgänge in das wirtschaftliche Leben treten. Hierüber hat kürzlich der Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium Dr. Strunden im „Reichsarbeitsblatt“ eine Studie veröffentlicht. Unter Zugrundelegung der vorerwähnten Zahlen und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß etwa 10 Prozent der Vierzehnjährigen nicht auf den Arbeitsmarkt treten, weil sie entweder ihren Ausbildungsgang fortsetzen, im Elternhaus bleiben oder wegen Krankheit oder aus sonst einem Grunde nicht erwerbsfähig werden, berechnet er die Zahl der Volksschule verlassenden und auf den Arbeitsmarkt tretenden jungen Leute folgendermaßen:

| | Schulstofflose | Der Ausfall beträgt gegenüber 1923 rund |
|-------------|----------------|---|
| Oftern 1928 | 1 293 900 | |
| " 1929 | 1 210 528 | 80 000 |
| " 1930 | 793 023 | 500 000 |
| " 1931 | 717 451 | 570 000 |
| " 1932 | 650 903 | 640 000 |
| " 1933 | 696 673 | 590 000 |
| " 1934 | 1 311 475 | |
| " 1935 | 1 270 537 | |

Hiertbei wird das Jahr 1928 noch als normal angenommen, dann zeigen sich in steigender Weise die Verluste, bis im Jahre 1934 der normale Zustand wieder hergestellt ist. Doch wirken die Verluste der vergangenen Jahre noch länger nach, denn auf dem Arbeitsmarkt ist bis dahin ein Ausfall von über zwei Millionen Arbeitskräften eingetreten, der sich erst voll auswirken wird, wenn die Jugendlichen der schwachen Jahrgänge ihre Lehrzeit beendet haben, also etwa in ihrem 18. Lebensjahr. Das wird in den Jahren 1933 bis 1937 eintreten. Bis zum Jahre 1937 werden über zwei Millionen Volksgenossen auf dem Arbeitsmarkt fehlen, von da an wird der Zufluß wieder steigen. Daß der Menschenverlust durch den Geburtenausfall im Kriege noch viel weiter nachwirken wird, nämlich durch Verminderung der Zahl der Beschäftigten und weiterhin durch Verminderung der Geburten, wenn die in der Kriegszeit Geborenen in das leistungsfähige Alter treten, ist nur nebenbei erwähnt. Es wird noch recht lange dauern, bis der Ausfall schließlich abnimmt und die Kriegsfolgen völlig überwunden sind.

Wichtig sind die Auswirkungen auf das Wirtschaftsleben, wenn der Ausfall an Arbeitskräften in Erscheinung tritt. Sie werden stark von dem herrschenden Konjunkturstadium abhängen. Sollte dann eine Krise herrschen, wie gewöhnlich, dann würde der Mangel an Arbeitskräften die Produktion gefährden. Wir wollen aber hoffen, daß sich die Wirtschaft in den kommenden Jahren so konsolidiert, daß wir von einer solchen kritischen Krise verschont bleiben. Im Fall aber muß mit einem empfindlichen Mangel an Arbeitskräften in den kommenden Jahren gerechnet werden.

Der Mangel an Facharbeitern wird die Position der Arbeiter in den Auseinandersetzungen mit den Unternehmern stärken. Der Ausfall an Arbeitskräften wird auch zu einer Minderung der Produktion, zu Warenmangel und Preissteigerungen und demzufolge zu Lohnerhöhungen führen. In gewissem Maße werden diese Wirkungen allerdings dadurch abgeschwächt, daß sich auch die Zahl der Verbraucher vermindert.

Wie sich die Dinge tatsächlich gestalten werden, läßt sich sehr schwer voraussagen. Noch trennt uns eine Reihe von Jahren von dem Eintritt der kritischen Zeiträume, und bis dahin kann sich noch manches ereignen, was die Schätzungen und Berechnungen über den Hausen wirft. Verehrt wäre es aber, die Dinge laufen zu lassen und uns mit dem billigen Trost abzufinden: Kommt Zeit, kommt Rat. Der erste Volkswirt muß in die Zukunft blicken und Vorvorkehrungen treffen für Ereignisse, deren Kommen man voraussetzt, auf die Gefahr hin, daß die Entwicklung durch das Dazwischentreten unvorhergesehener Ereignisse eine andere Wendung nimmt. Strunden hält mit Recht die Facharbeiterfrage für die wichtigste. Er sagt: „Die Betriebe werden sich noch mehr als bisher bemühen müssen, ihren Facharbeiterstand möglichst zu erhalten. Für die ganze Volkswirtschaft ergibt sich vermehrt die Notwendigkeit, gegen den Anreiz zur Auswanderung ins Ausland Gegengewichte zu schaffen.“ Diese Wendung erweckt den Anschein, als bemüht sich die Unternehmung jetzt schon, ihren Facharbeiterstand in der schlimmen Zeit durchzuhalten, und als ob wirtschaftliche Maßnahmen getroffen würden, um dem Drang zur Flucht aus dem Elend der Heimat entgegenzuwirken. Wer den Dingen nähersteht, weiß, daß von beidem keine Rede sein kann, in der Praxis wenigstens nicht. Das Unternehmertum kennt keine sozialen Rücksichten. In Massen werden die Arbeiter auf die Straße gesetzt, und der Drang zur Auswanderung wird nicht sowohl durch innerpolitische Maßnahmen gehemmt wie durch die Schwierigkeit, im fremden Lande ein Fortkommen zu finden, und durch die Unmöglichkeit für viele Auswanderungslustige, die erforderlichen Mittel aufzubringen.

Sehr beachtenswert ist aber für alle Fälle der Hinweis Strundens auf die Notwendigkeit der Ausbildung des Nachwuchses die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Lehrlingsausbildung ist an sich ein wichtiges Problem. Im Hinblick auf den zu erwartenden Mangel an Facharbeitern ist es doppelt wichtig, wird doch dieser Mangel durch gesteigerte Leistungsfähigkeit zum Teil ausgeglichen werden müssen. Um so verwunderlicher ist es, daß man den Entwurf für ein Berufsausbildungsgesetz in den Regierungskabinetten stecken läßt, statt ihn mit größter Beschleunigung den gesetzgebenden Faktoren zur Erledigung vorzulegen.

Die bevorstehende Auswirkung des Geburtenrückganges in den Kriegsjahren auf den Arbeitsmarkt ist eine Angelegenheit, die auch die Gewerkschaften interessiert. Wenn auch die Verminderung des Angebotes auf dem Arbeitsmarkt die Stellung der Gewerkschaften verbessert, so haben wir doch keine Veranlassung, Maßnahmen entgegenzuwirken, die geeignet sind, die Schäden abzumildern, die sich daraus für die Volkswirtschaft ergeben. Man wird aber auch nicht übersehen dürfen, daß sich die eigentlichen akuten Einwirkungen des Geburtenrückganges auf den Arbeitsmarkt auf wenige Jahre zusammendrängen. Nach deren Ablauf ist eine Wendung zu erwarten, die bei allen zu treffenden Maßnahmen mit in Erwägung gezogen werden muß.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Austruf

für die Neuwahlen der Betriebsvertretungen im Jahre 1926.

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen sind einheitlich nach den Richtlinien der unterzeichneten Seitenverbände in den Monaten Februar und März 1926 durchzuführen. Von den Ortsausschüssen des ADGB und den Ortsstellen des IFA-Bundes ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an welchem alle Betriebsvertretungen die Bestellung des Wahlvorstandes vornehmen und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, ihren Unternehmer zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften.

Alle Betriebsvertretungen, welche im Laufe des Jahres 1925 gewählt worden sind, fallen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen durchzuführen. Maßgebend sind § 23 bzw. §§ 42 und 43 BFG. Betriebsvertretungen, welche erst im Jahre 1926 gewählt worden sind, bleiben im Amt, ebenso diejenigen Betriebsvertretungen, bei denen besondere Verhältnisse vorliegen, auch wenn die Wahlen schon im Jahre 1925 stattgefunden haben. Hierbei ist jedoch eine Verständigung mit den maßgebenden Gewerkschaften notwendig.

Diese Anweisungen sind genauestens zu beachten, damit Schädigungen der Arbeiterschaft vermieden werden.

Maßgebend für die Durchführung der Wahl sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte sind die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 und die Richtlinien des IFA-Bundes vom 3. Juli 1924. Hiernach ist genau zu verfahren. Insbesondere ist unter allen Umständen zu unterlassen, in verschleierte oder offener Form politische Sitten aufzustellen. Außerdem dürfen in keinem Fall in die Listen der freien Gewerkschaften Kandidaten aufgenommen werden, die unorganisiert sind. Wo hiergegen verstoßen wird, können die Gewerkschaften derartige Wahlen auf Grund der Kongressbeschlüsse nicht anerkennen.

Die Entwürfe für die zur Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare sind enthalten in dem allgemein verbreiteten Kommentar von Gladow. Diese Materialien hat der Unternehmer zur Verfügung zu stellen.

Nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten aller deutschen Länder ist in vielen Betrieben eine Wahlbereitschaft der Belegschaften festzustellen. Diese Beobachtungen bedeuten für die Gewerkschaften. Es ist unverantwortlich, daß ein

Teil der deutschen Arbeiter und Angestellten von seinem wichtigen Mitbestimmungsrecht keinen Gebrauch macht und sich infolgedessen auch seiner großen Rechte hieraus freiwillig begibt. Unter allen Umständen muß erreicht werden, daß in allen Betrieben, für die gesetzliche Betriebsvertretungen zuständig sind, derartige Betriebsvertretungen auch gewählt werden.

Die Gewerkschaften haben angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und der damit verbundenen großen Arbeitslosigkeit alle Kräfte dafür eingesetzt, die Schäden, welche sich hieraus für Arbeiter und Angestellte ergeben, zu mildern oder zu beseitigen. Bei der Durchführung des Achtstundentages, der Einführung von Wertberurteilungen und von Kurzarbeit sowie bei geplanten Betriebsstillegungen haben die Betriebsräte wichtige gesetzliche Rechte auszuüben. Die Gewerkschaften können nur in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten auf diesen Gebieten die Arbeitnehmerrechte wahren. Es ist daher unbedingte Pflicht, nur solche Betriebsräte zu wählen, die mit diesen gesetzlichen Rechten genau vertraut sind. Belegschaften, die anders handeln, haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie in der gegenwärtigen Krise vollkommen schutzlos sind.

Nunmehr an die Arbeit! Das wichtige gesetzliche Mitbestimmungsrecht ist zu seiner vollen Geltung zu bringen! Die Stärkung der Kampfkraft der freien Gewerkschaften muß wiederum die Parole bei den Betriebsrätewahlen sein. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Deutschlands Außenhandel 1925.

Das Statistische Reichsamts veröffentlicht jetzt das Zahlenresultat des deutschen Außenhandels im Jahre 1925. Während die Monate Januar bis November einen starken Einfuhrüberschuß aufweisen, ergibt die Statistik für Dezember einen kleinen Ausfuhrüberschuß. In diesem Monat betrug der Wert der reinen Wareneinfuhr (ohne Silber und Gold) 757,6 Millionen Mark und der Wert der reinen Warenausfuhr 793,9 Millionen Mark. Der Ausfuhrüberschuß beträgt 36,3 Millionen Mark. Wird die Gold- und Silbereinfuhr und -ausfuhr mit berücksichtigt, ergibt sich ein Ausfuhrüberschuß von 33,6 Millionen Mark. Prüft man die Ursachen, die zu dieser Entwicklung führten, so kommt man zu keiner erfreulichen Feststellung. Der Ausfuhrüberschuß ist eine Folge der schweren deutschen Wirtschaftskrise. Die Not der Zeit zwingt zu einer Einschränkung der Einfuhr. Vom November auf Dezember ist der Wert der reinen Wareneinfuhr um etwa 100 Millionen Mark zurückgegangen. Mein hierauf ist der Ausfuhrüberschuß zurückzuführen. Der Ausfuhrüberschuß ist an sich kein Schaden, aber er ist nur eine vorübergehende Erscheinung. Wenn die deutsche Wirtschaft wieder flott ist, wird das, was jetzt bei der Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten versäumt werden mußte, rasch nachgeholt werden. Keine Freude über die aktive Handelsbilanz im Dezember könnte man haben, wenn sie eine Folge der gesteigerten Ausfuhr wäre. Das ist aber nicht der Fall. Der Ausfuhrüberschuß im Dezember drückt den Einfuhrüberschuß im Jahre 1925 zwar ein wenig herab, er ist mit 4,3 Milliarden Mark aber noch immer erschreckend hoch. Über die Entwicklung des deutschen Außenhandels in den letzten zwei Jahren und im Vergleich zu 1913 unterrichtet folgende Zusammenstellung:

| Jahr | Lebende Tiere | Lebensmittel und Getränke | Rohstoffe und halbfertige Waren | Fertige Waren | Reiner Warenverkehr | Außerdem Gold und Silber | Einfuhrüberschuß des Gesamt handels |
|---------------------------|---------------|---------------------------|---------------------------------|---------------|---------------------|--------------------------|-------------------------------------|
| Einfuhr in Millionen Mark | | | | | | | |
| 1913 | 289,7 | 2796,5 | 6290,4 | 1422,1 | 10768,7 | 437,4 | 1007,5 |
| 1924 | 92,5 | 2777,0 | 4584,4 | 1781,2 | 9135,1 | 181,8 | 3650,1 |
| 1925 | 122,0 | 4034,9 | 6287,7 | 2905,0 | 12449,6 | 718,1 | 4335,8 |
| Ausfuhr in Millionen Mark | | | | | | | |
| 1913 | 7,4 | 1084,7 | 2240,5 | 6778,3 | 10094,8 | 103,7 | — |
| 1924 | 13,7 | 419,1 | 907,2 | 5191,1 | 6531,4 | 35,4 | — |
| 1925 | 15,2 | 509,8 | 1611,1 | 6625,9 | 8792,0 | 59,9 | — |

Vergleicht man die Einfuhrwerte von 1913 mit denen von 1925, so ist festzustellen, daß im vergangenen Jahre wesentlich mehr Waren eingeführt worden sind als 1913. Auffällig und zugleich bezeichnend für unsere heutigen Verhältnisse ist die starke Zunahme bei den Gruppen „Lebensmittel und Getränke“ und „Fertige Waren“. Die Rohstoffeinfuhr hat, wenn die Geldbewertung berücksichtigt wird, einen Rückgang aufzuweisen. Bei der Ausfuhr ist erfreulich die verhältnismäßig gute Fertigwarenausfuhr. Die Warenmenge bleibt hinter der von 1913 noch zurück, wenn die Geldbewertung berücksichtigt wird, sogar ganz beträchtlich. Immerhin ist hier ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen. Alles in allem aber ist die Handelsbilanz für 1925 nicht befriedigend. Wenn es gelingt, mit allen Staaten zu günstigen Handelsverträgen zu kommen, ist zu hoffen, daß das Jahr 1926 mit einem wesentlich besseren Ergebnis abschneidet.

Aus dem Verbandsleben.

Beantwortungen des Vorstandes.

Von den nachstehend aufgeführten Verwaltungsstellen ist die Abrechnung für das vierte Vierteljahr 1925 trotz erfolgter Abrechnung bis zum 6. Februar noch nicht eingegangen: Gau Ostpreußen: Bartenstein, Drenburg, Korfchen, Oganten, Preuß. Ostlau, Tapiau, Wehlau. Gau Steier: Marlow. Gau Breslau: Radlub. Gau Erfurt: Euhl. Gau Magdeburg: Salschadt, Dettstedt. Gau Hannover: Bünde, Eise, Hons, Müden, Schömar, Soltau. Gau Düsseldorf: Arnberg, Herdorf, Gerha, Hamm, Kellinghausen, Siegen, Wiesdorf. Gau Frankfurt: Frankfurt, Siegen, Saarbrücken. Gau Nürnberg: Neuhaus, Tilschenborn. Gau München: Berchtesgaden. Gau Stuttgart: Appenzeler, Asperg, Gaildorf, Schönau, Wülfingen, Juffenhausen.

Die Ortsverwaltungen in den obigen Verwaltungsstellen werden dringend ersucht, für unverzügliche Einreichung der Abrechnung Sorge zu tragen, da sonst die Exekution des Materials und der Zeitung eintritt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 7. Wochenbeitrag für die Woche vom 7. Februar bis 13. Februar 1926 fällig geworden.

Berlin S. O. 16, Am Rössischen Park 2. Der Verbandsvorstand.

Zentralkommission der Bildhauer.

Der mit dem Verein Hamburg-Altonaer Holzbildhauermeister abgeschlossene Tarifvertrag (erwähnt im Protokoll der zweiten Reichskonferenz der Bildhauer in Leipzig) erhält einen Zusatz, gültig vom 25. April 1924 an, wonach bessere Kräfte 10 (statt 2) Prozent und beste Kräfte 20 (statt 3) Prozent über den für Hamburg-Altona allgemein gültigen Aufschlag von 15 Prozent über die Durchschnittslöhne für Facharbeiter erhalten.

Der erwähnte Hamburg-Altonaer Meisterverein hat beschlossen, daß keines seiner Mitglieder in diesem Jahre einen Lehrling einstellen darf.

In Bremen wollen die Bildhauermeister (Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Bildhauerbundes) in den kommenden drei Jahren keinen Lehrling einstellen. Es genügt auch schon die Zahl der Kleinmeister, denn es sind deren 28 am Ort gegenüber 10 Gehilfen, von denen zurzeit nur 3 voll arbeiten. Im ganzen sind 7 Bildhauerlehrlinge in Bremen.

Die Beschränkung der Bezahlingszahl wäre an anderen Orten noch viel notwendiger, wo zu Anfang des vorigen Jahres bei einer noch leidlich günstigen Konjunktur schon die Zahl der Lehrlinge die der Gehilfen weit überstieg. Es soll dagegen energisch vorgegangen werden, sofern uns die nötigen Unterlagen unterbreitet werden.

Auch bei anderen Betriebsleitern, Inhabern von Möbel- und Tischlereien, wächst die Erkenntnis, daß es unverantwortlich ist, in dieser vorläufig noch ausfalllosen Zeit der Krise junge Menschen dem Bildhauerberufe zuzuführen. Auch sie wollen Bildhauerlehrlinge nicht mehr einstellen.

Die eingehenden Fragebogen geben ein Bild von dem Tiefstand unseres Gewerbes, wie er kaum jemals vorher dagewesen ist. Wollen uns die Kollegen bei den zu treffenden Maßnahmen ihre Beihilfe nicht verweigern, um auch dem Bildhauerberuf über die schwere Zeit hinwegzuhelfen. J. A. P. Dupont.

Korrespondenzen.

Dresden. (Maschinenarbeiter.) Unsere Jahresversammlung beschäftigte sich eingehend mit dem Bericht der Sächsischen Holzberufsgenossenschaft. Mehr als 1800 Unfälle kamen zur Anmeldung, davon waren 8 tödlich, und nur in 79 Fällen wurde eine dauernde Rente zuerkannt. Erschreckend hoch ist die Zahl der Todesfälle. Die meisten Unfälle sind an der Kreissäge zu verzeichnen. Nach unseren Feststellungen werden an den Kreissägen sehr oft ungeübte Maschinenarbeiter beschäftigt. Darauf ist es mit zurückzuführen, daß hier die Zahl der Unfälle so groß und die Folgen so entsetzlich schwer sind. Bezeichnend in dem Bericht ist die Mitteilung, daß nur 200 Betriebe im Gebiet der sächsischen Holzindustrie von den technischen Aufsichtsbeamten beaufsichtigt wurden. Dabei wollen die Herren festgestellt haben, daß außer geringfügigen Mängeln überall alles in bester Ordnung war. Auf Grund unserer Kenntnis der Verhältnisse in den Betrieben können wir diese Feststellung nicht begreifen. Es sei denn, daß nur die Musterbetriebe beaufsichtigt worden sind. In Erzgebirge kennen wir Hunderte von Betrieben, wo sich die Antriebe ohne Ausrücker befinden. Selbst in Dresden und der näheren Umgebung waren wir genötigt, im verflochtenen Jahr zwölf Beschwerden wegen mangelhafter Maschinenanlagen und schlechter hygienischer Zustände an die Gewerbeinspektion zu richten, die auch in allen Fällen für die Beseitigung dieser Mängel gesorgt hat. Unsere Maschinenarbeitersektion hat sich um Aufklärung zur Verhütung von Unfällen eifrig bemüht. Durch Lichtbilder- und sonstige instruktive Vorträge wurden die Kollegen mit den Gefahren ihres Berufes vertraut gemacht. Trotz der Tatsache, daß jährlich Tausende von Maschinenarbeitern ihre gesunden Gliedmaßen opfern müssen, zeigen die breite Öffentlichkeit, die Behörden und die Parlamente kein Verständnis für einen durchgreifenden gesetzlichen Schutz der menschlichen Arbeitskraft. Das muß uns anspornen, innerhalb unserer Organisation alle Möglichkeiten zu erschöpfen, auf die Regierung und Parlamente einzuwirken, damit baldigst gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Gesundheit und des Lebens unserer Kollegen getroffen werden.

Mauscha (Oberlausitz). Die Wirtschaftskrise ist auch den fleißigen Sägewerksbesitzern eine willkommene Gelegenheit, die Arbeiter nach Herzenslust zu schikanieren. Arbeiter, die fast 37 Jahre im Betrieb beschäftigt sind, werden einfach auf die Straße gesetzt. Dafür werden junge „Stahlhelmer“ eingestellt und in jeder Weise begünstigt. Auch die Löhne sollen abgebaut werden. Dabei sind die Sägerlöhne schon jämmerlich niedrig. Das Vorgehen der Unternehmer wird den uns noch fernstehenden Holzarbeitern die Augen öffnen und sie veranlassen, sich dem Deutschen Holzarbeiter-Verband anzuschließen.

Aus der Holzindustrie.

Internationaler Zusammenschluß des Holzhandels.

Auf dem europäischen Holzmarkt bereiten sich Dinge vor, die für die deutsche Holzwirtschaft von größter Bedeutung sind. Die Wirtschaftskrise in Deutschland, England, Holland und in anderen Staaten, die in Zeiten flotten Geschäftsganges große Mengen ausländischen Holzes verbrauchten, beeinträchtigt naturgemäß die Konjunktur auf dem internationalen Holzmarkt. Auch in den Holzüberschußländern stockt der Absatz trotz wesentlicher Herabsetzung der Preise. Zwischen einigen Ländern war ein heftiger Preiskampf im Entgehen, aber noch bevor er richtig in Gang kam, fand er schon sein Ende. Schweden und Finnland waren die Länder, die einen scharfen Konkurrenzkampf miteinander führten. Die Folge davon war ein fühlbarer Rückgang der Holzpreise auf dem internationalen Holzmarkt. Da für keines der beiden Holzüberschußländer die Aussicht besteht,

den Gegner unterzukriegen, verständigten sie sich auf Mindestpreise, die beim Verkauf ins Ausland zu fordern sind. Außerdem wurden umfangreiche Produktionsbeschränkungen vorgenommen, um nicht in die Zwangslage zu kommen, größere Mengen Holz unbedingt verkaufen zu müssen. Der Holzeinschlag ist wesentlich kleiner als in früheren Jahren, und zahlreiche Sägewerke sind teilweise oder auch völlig stillgelegt worden. Dem schwedisch-finnischen Holzpreis-Abkommen gehören aus beiden Ländern die maßgebendsten Holzhandeler und Sägewerksunternehmer an.

Gegenwärtig sind Bestrebungen im Gange, auch andere Holzüberschußländer für das Abkommen zu gewinnen. Man spricht bereits von einem europäischen Holzpartell. Mit Rußland sollen schon erfolgversprechende Verhandlungen stattgefunden haben, ebenso mit der Tschechoslowakei. Der Anschluß der Tschechoslowakei erscheint uns zunächst noch recht wenig wahrscheinlich, dagegen ist damit zu rechnen, daß Norwegen, Lettland, Estland und Litauen dem Holzpartell beitreten. Ungewis ist die Haltung des

ihre Mindestpreise bereits zweimal erhöht. Weiter Erhöhungen werden angekündigt.

Welche Wirkung hat der Zusammenschluß der ausländischen Holzhandeler auf die deutschen Holzpreise? Ein Blick in die Waldbesitzerzeitungen gibt die richtige Antwort darauf. Im „Deutschen Forstwirt“ vom 8. Januar ist zu lesen:

„Wir nehmen von diesen zuverlässigen Meldungen (über das Holzpreisabkommen und die Bestrebungen eines europäischen Holzpartells) deshalb Notiz, weil sie wohl geeignet sind, unsere früheren, auf inländischen Verhältnissen beruhenden Mitteilungen über später unvermeidliche Preissteigerungen zu ergänzen. Die deutschen Holzpreise werden sich dem Einfluß dieser Zusammenschlüsse auf dem Weltmarkt nicht entziehen können, da wir einen erheblichen Teil unseres Holzbedarfes einführen müssen.“

Die Waldbesitzer begrüßen den Zusammenschluß der ausländischen Holzhandeler, weil die Folge davon eine Erhöhung auch der deutschen Holzpreise ist. Daß ihre Rechnung stimmt, daran ist nicht zu zweifeln. Augenblicklich steht es trübe aus auf dem deutschen Holzmarkt. Das Rundholzgeschäft stockt, und noch größer ist die Ruhe auf dem Schnittholzmarkt. Aber weder die Waldbesitzer noch die Sägewerke und Holzhandlungen verfügen über große Mengen Holz. In letzter Zeit haben die Unternehmerzeitungen wiederholt festgestellt, daß die deutschen Holzbestände recht bescheiden sind, nach wenigen Monaten flotten Geschäftsganges würden sie bald aufgebraucht sein. Das ist die eine Hoffnung der an hohen Holzpreisen interessierten Leute, die andere ist die Erhöhung des Weltholzpreises als Folge der Gründung des europäischen Holzpartells. Die Vertragenden sind die deutschen Holzverarbeitenden Industrien.

Bildung einer Kreditgemeinschaft deutscher Pianofabrikanten.

Nach Zeitungsmeldungen hat sich eine Anzahl der führenden Pianofabrikanten zu einer Kreditgemeinschaft zusammengeschlossen. Der Zweck ist die Erlangung von langfristigen Krediten, an denen es den deutschen Unternehmern so sehr fehlt. Zu den Gründungsfirmen gehören: Bechstein (Berlin), Blüthner (Leipzig), Feurich (Leipzig), Ibach (Barmen), Gebr. Riendorf (Lindenwalde), Dursen (Berlin), Grottrian (Braunschweig), Förster (Lübau), Seiler (Eigent), Zeitter u. Winkelmann (Braunschweig). Der Kreditgemeinschaft soll von einer Schweizer Gesellschaft ein Kredit von 8 bis 10 Millionen Mk. zur Verfügung gestellt worden sein. Die erforderlichen Sicherheiten werden durch die beteiligten Unternehmungen in Form von Wechselverpflichtungen gewährt und durch Zession (Abtretung) der Kaufverträge an die Kreditgemeinschaft als Treuhänder des ausländischen Geldgebers weiterhin verpfändet. Eine Angliederung anderer Pianofabrikanten ist für den Fall denkbar, daß eine Erweiterung der Kreditbasis durchgeführt wird.

Die Gründung der Kreditgemeinschaft deutscher Pianofabrikanten ist ein wichtiger Schritt auf dem Gebiete der Selbsthilfe der deutschen Unternehmer. Der jetzt zur Verfügung gestellte Kredit bedeutet für die beteiligten Unternehmungen eine wesentliche Erleichterung. Es ist zu hoffen, daß auch andere Unternehmer in der gleichen Weise arbeiten, damit die deutsche Wirtschaft die erforderlichen langfristigen Auslandskredite erhält.

Eine Unternehmerzeitung über das Elend der Korbmacherheimat.

Die „Korbmacher-Zeitung“ vom 1. Februar veröffentlicht einen Bericht ihres Mitarbeiters aus dem oberfränkischen Korbmacherbezirk, der sich mit der furchtbaren Notlage der Korbmacherfamilien beschäftigt. Nach einer kurzen Schilderung der trostlosen Geschäftslage in den einzelnen Branchen heißt es:

„Am schlimmsten sind die Hersteller der sogenannten „Grünerla“ daran. Hier wird das Duzend schon mit 50 Pf. gehandelt. Die größeren Sorten hieron erreichen einen Preis bis zu 1,70 Mk. pro Duzend. Ein fleißiger Arbeiter kann nur, wenn er von morgens 7 bis abends 11 Uhr tüchtig am Geschäft ist, drei Duzend dieser Körbe herstellen. Hierzu benötigt er für 3 Mk. Material, so daß ihm ein Tagesverdienst von 2,10 Mk. oder ein Stundenlohn von rund 15 Pf. übrigbleibt. Wie es in mancher Familie unter solchen Umständen aussieht, braucht kaum näher geschildert zu werden.“

Es ist ein Unternehmer, der dies schreibt. Unter solchen elenden Verhältnissen leben viele tausende Korbmacher. Viele von ihnen kommen noch nicht einmal auf einen Stundenlohn von 15 Pf. Die Korbwarenindustrie in Oberfranken hat seit langem eine außerordentlich schlechte Geschäftslage. Wie die Dinge liegen, ist auch kaum darauf zu rechnen, daß die etwa 15 000 Mann zählende Arbeiterschaft wieder volle Beschäftigung in ihrem Beruf finden wird. Die Unternehmer haben mit ihren Ausbeutungsmethoden gegenüber den Arbeitern die Industrie so heruntergewirtschaftet, daß ihre Erzeugnisse fast nirgendwo noch einen guten Ruf haben. Eine halbverhungerte Arbeiterschaft ist nicht in der Lage, Qualitätsarbeit zu leisten; diese ist aber Voraussetzung für den Wiederaufstieg des oberfränkischen Korbmachergewerbes.

Gewerkschaftliches.

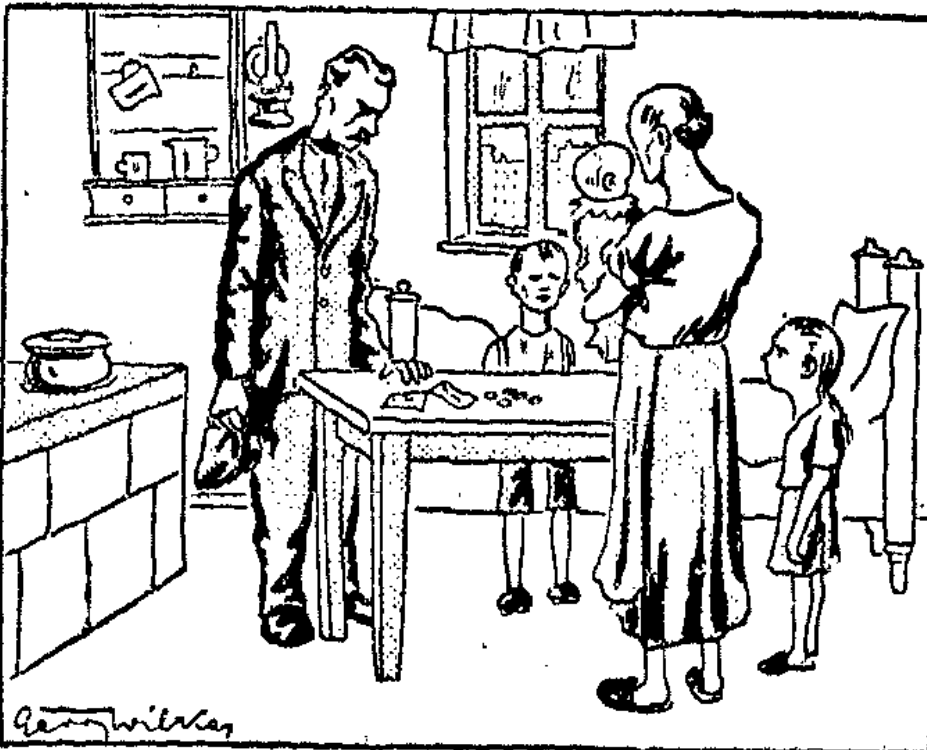
Amsterdam und Moskau.

Der Internationale Gewerkschaftsbund veröffentlicht die Antwort des Zentralrats des Allrussischen Gewerkschaftsrats auf die Beschlüsse des IGB zur Frage der Gewerkschaftseinheit. Der Ausschuss des IGB sagte in seiner Sitzung vom 5. bis 7. Februar 1925 folgendes Bescheid:

„Nachdem der Ausschuss Kenntnis genommen hat von der Korrespondenz zwischen dem Internationalen Gewerkschaftsbund und dem Allrussischen Gewerkschaftsrat, beauftragt er den Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes, dem Allrussischen Gewerkschaftsrat mitzuteilen, daß der Internationale Gewerkschaftsbund sich bereit erklärt, den Allrussischen Gewerkschaftsrat zuzulassen, wenn dieser Wunsch geäußert wird.“

er erklärt sich ebenfalls bereit, sobald der Allrussische Gewerkschaftsrat diesen Wunsch um Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund zur Kenntnis gebracht hat.

Soll es so bleiben?



Der Erwerbslose erhält Beteilspennige an Unterstützung



Die Fürstehure durch Gerichtsurteil 9000 Mk. Jahresrente

polnischen Holzhandels. Hier liegen die Verhältnisse ähnlich wie in der Tschechoslowakei; beide Länder sind gezwungen, sich zunächst einmal ein bestimmtes Absatzgebiet zu erobern. Dabei ist die Preisunterbietung eine der besten Waffen.

Kommt das Holzpartell zustande, dann ist es der Welt herrscher auf dem europäischen Holzmarkt. Europa zählt 28 Staaten, die zusammen 290 219 000 Hektar Wald besitzen. Werden die Länder der Größe ihrer Waldfläche nach gruppiert, ergibt sich folgendes Bild:

Table with 4 columns: Land, Waldfläche (1000 Hektar), Land, Waldfläche (1000 Hektar). Rows include Russia, Sweden, Finland, Germany, France, Poland, Norway, Yugoslavia, Romania, Spain, Czechoslovakia, Italy, Ukraine, Austria, Bulgaria, Latvia, Lithuania, England, Switzerland, Hungary, Latvia, Estonia, Portugal, Belgium, Denmark, Holland, Luxembourg, and Free City of Danzig.

Die Staaten, deren Zusammenschluß wahrscheinlich ist, nämlich Rußland, Schweden, Finnland, Norwegen, Lettland, Estland und Litauen, besitzen 213515000 Hektar Wald, das sind 73,8 Prozent der europäischen Waldfläche. Rußland, Schweden und Finnland allein haben 70 Prozent der europäischen Waldfläche im Besitz. Es ist klar, daß diese Länder, wenn sie in der Holzpreisfrage zusammengehen, den europäischen Holzmarkt vollkommen beherrschen. Die vom Holzpartell festgelegten Preise wirken sich in allen Ländern aus, auch in solchen, die, wie Deutschland, nicht völlig aber doch in hohem Maße auf die Einfuhr ausländischen Holzes angewiesen sind. In denselben Maße, wie es gelingt, das Holzpartell fester zusammenzufassen, in dem gleichen Maße werden die Holzpreise erhöht werden. Schweden und Finnland haben seit Abschluß des Holzpreis-Abkommens

Wehrt euch gegen die kommunistische Zerstörungsarbeit!

Die kommunistische Partei hat eine neue Kampffront aufgetan, merkwürdigerweise gegen den IOGW. Sie kämpft unter der abgebrauchten Standard der proletarischen Einheitsfront. Den willkommenen Anstoß dazu fand sie in der Vermittlungsaktion, zu der sich der Bundesvorstand des IOGW bereit fand, als es sich um die Schaffung eines übereinstimmenden Wortlautes des der Volksentscheidung vorzulegenden Gesetzentwurfs über die Gültigkeit der Parteientzignung handelte. Der Bundesvorstand hatte diese Vermittlung auf Anruf der beteiligten Parteien übernommen, da auch er einen solchen Volksentscheid wünschte. Mit dieser Vermittlungsaktion war die aktive Mitwirkung des Bundesvorstandes an dem Volksentscheid erledigt. Die weitere Durchführung der Aktion ist eine Angelegenheit der Parteien, nicht der Gewerkschaften. Gewiß haben die Gewerkschaften ein Interesse daran, daß der Volksentscheid erfolgreich durchgeführt wird und zum Siege gelangt. Aber ihre Mitglieder sind auch politisch organisiert und in ihren Parteien tätig. Man darf von ihnen erwarten und verlangen, daß sie dort für die Verwirklichung des der Volksentscheidung unterbreiteten Programms wirken werden, ohne die Kräfte der bereits durch die Wirtschaftskrise in Mitleidenschaft gezogenen Gewerkschaften dafür in Anspruch zu nehmen.

Anders denkt die kommunistische Partei, die besonderer Kräfte bedarf, um wieder auf die Beine zu kommen. Ihr war die Frage der Führerentzignung nur eine der vielen Parolen, die ihrer Agitation dienten. Als nun diese eine Parole aktuell wurde und etwas auf diesem Gebiet geschehen mußte, schrie sie plötzlich nach der Einheitsfront mit den Gewerkschaften. Es war schwer, ihr begrifflich zu machen, daß der IOGW für solche Rinderleichen nicht zu haben sei. Für ein ehrliches Zusammenarbeiten kommt die KPD überhaupt nicht in Betracht — das hat uns die Vergangenheit genugsam gelehrt — und für eine andere Einheitsfront muß sich der IOGW bedanken, wenn Schmarotzer und Parasiten pfleger unangenehme Zeit- und Lebensgenossen zu sein, die nicht das gemeinsame Wohl, sondern nur den eigenen Vorteil auf Kosten ihres Wirts im Auge haben.

In den Vermittlungsverhandlungen der Parteien wurde ausdrücklich vereinbart, daß die Gewerkschaften die Durchführung der Volksentscheidungsaktion den Parteien überlassen, und daß jede Partei diesen Kampf selbstständig führen werde. Die Gründung von Einheitskomitees dürfte nicht stattfinden. Trotz dieser Vereinbarung treten die Kommunisten allerorts mit solchen Einheitskomitees auf den Plan. Sie misachten damit das Abkommen über die Durchführung des Volksentscheides. Aber hat sich die KPD jemals an Abmachungen gehalten?

In der Tat wollen die Kommunisten die Volksentscheidungsaktion nur dazu benutzen, sich an die Gewerkschaften heran- und, wenn möglich, in diese hineinzuquetschen, um größeren Einfluß auf die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zu bekommen. Wichtiger als der

ganze Volksentscheid dünken sie die sogenannten Einheitskomitees, die sie überall gründen und durch Heranziehung der Gewerkschaften flottmachen suchen. Wir warnen unsere Gewerkschaftsgruppen auf das entschiedenste, auf diesen plummen kommunistischen Schwindel hereinzufallen. Es gibt keine Kampfgemeinschaft zwischen Gewerkschaften und KPD, auch nicht in der Frage des Volksentscheides. Es ist Sache der politischen Parteien, nicht der Gewerkschaften, die Volksentscheidung über die Führerentzignung vorzubereiten und durchzuführen.

Daß es den Kommunisten nicht um den Volksentscheid, sondern nur um ihren proletarischen Einheitsfronttumult zu tun ist, beweist ein Rundschreiben, das sie an die Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen geschickt haben. In diesem Schreiben wird die proletarische Einheitsfront, vor allem für die gewerkschaftlichen Kämpfe, verlangt, um die Offensive des Unternehmertums abzuwehren. Es werden für die gegenwärtige Krisenperiode Wirtschaftskämpfe auf breiterer Basis und in enger Verbindung mit den Erwerbslosen verlangt, die in kürzester Zeit über ganz Rheinland-Westfalen auszudehnen sollen, um so die Offensive der Kapitalgewaltigen zum Stehen zu bringen.

Der eigentliche Zweck der Einheitskomitees ist also: Wilde Streikpropaganda mit Hilfe der Erwerbslosen. Da die Kommunisten bei den Gewerkschaftsleitungen kein Glück damit haben, suchen sie wieder einmal die Betriebsräte größerer Werke für ihre Machenschaften einzulangen. Wir warnen auch die Arbeiterschaft und ihre Vertretungen in den Betrieben ernstlich vor diesem Einheitskomiteeschwindel. Wer in diesen Komitees mitwirkt, der verläßt die gewerkschaftliche Einheit des IOGW, die keiner Ergänzung durch die Kommunisten bedarf. Auf dem Gebiet der Abwehr des Unternehmertums haben die Gewerkschaften allein zu bestimmen. Da hat jede Verhandlung mit der kommunistischen Partei auszuweichen.

Weder für den Volksentscheid noch für den gewerkschaftlichen Kampf bedürfen wir der Einheitskomitees. Wer ihrer bedarf, das sind einzig die Kommunisten, und wer ihnen dabei hilft, der schädigt die Gewerkschaften.

Wir fordern die gewerkschaftlichen Instanzen aller Verbände, die Bezirkssekretäre und Ortsausschüsse auf, dem neuen Einheitsfrontschwindel in der schärfsten Weise entgegenzutreten. Es ist ein unerhörtes Skandal, daß die Kommunisten ungeachtet des auch von ihnen gewollten Volksentscheides nichts Besseres zu tun haben, als um parteigottlicher Zwecke willen den Kampf in die Gewerkschaften zu tragen. Wenn die Volkabewegung darunter leidet, fällt alle Verantwortung dafür auf sie zurück!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Diese töbliche Absicht der Russen in allen Ehren, aber wer hat denn die Gewerkschaftsbewegung gelassen, und wer arbeitet auch heute noch eifrig an ihrer weiteren Zerstörung? Die Russen, dieselben Leute, die auf der anderen Seite mit allen möglichen schönen Worten nach der Einheitsfront rufen. Unter Einheitsfront verstehen die Russen und ihre Verbündeten die Unterordnung der Gewerkschaften unter die Fuchtel der kommunistischen Internationale. Auf dem Parteitag der russischen Kommunisten, der kürzlich abgehalten wurde, stand die Gewerkschaftsfrage wieder im Vordergrund. Der bekannte Führer Losowski erklärte offen, von einer Vereinigung mit dem IOGW könnte keine Rede sein. Ihr Ziel ist die weitere Eroberung der internationalen Gewerkschaftsbewegung, auf diesem Wege hoffen sie, dem IOGW so viel Landesverbände abzuhocken zu machen, daß er keine Existenz aufweisen und sich der roten Gewerkschaftsinternationale anschließen muß. Das ist ein feiner Plan, er wird den Kommunisten aber nicht gelingen.

Gewerkschaftliche Verbandstage.

Der Döschdecker-Verband hält seinen Verbandstag vom 9. bis 12. Mai in Friedrichroda ab. Aus der vorangehenden Tagesordnung ist hervorzuheben ein Vortrag über Bauarbeiterschutz und ein solcher über den Industrieverbandgedanken.

Der Verband der Sattler-, Tapezierer- und Porteuillier beruft seinen Verbandstag auf den 12. April nach Hamburg. Er wird sich vornehmlich mit der Reorganisation der Beiträge und der Unterstützung beschäftigen.

Der Buchdrucker-Verband hält seinen 13. Verbandstag in der Zeit vom 20. bis 26. Juni in Berlin.

Literarisches.

Alle nachstehend angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Jum Todestage Friedrich Engels, der am 28. Februar 1895 starb. Im Auftrag der Reichsdruckerei das Bildnis des ersten Reichspräsidenten als Reichsdrucker 1811 erschienen. Das 27 x 34 Zentimeter große Bild zeigt den mächtigen Kopf des Reichspräsidenten in einem sehr durchgearbeiteten Originalstichwerk des Berliner Graphikers E. Smith. Dessen seltliche, in edelster Technik gegebene Darstellung des Mannes (der den vielen Freunden des Reichspräsidenten eine willkommene Gabe von unvergänglichem Werte sein wird). Das Bild kann durch jede Buch- oder Kunsthandlung zum Preise von 2,50 RM. bezogen werden. Die Vorkaufsausgabe mit Chinamanierausgabe kostet 5 RM.

Das Heidelberger Programm Grundzüge und Fortbewegungen der Sozialdemokratie. Verlag: J. S. B. Dieckmann, Berlin SW 68. Preis 1 RM. Die vorliegende 72 Seiten starke Schrift ist eine offizielle Erläuterung des sozialdemokratischen Programms, die im Auftrag des sozialdemokratischen Parteivorstandes herausgegeben wurde.

Erwerbslosenfürsorge. Die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 mit den Ausführungsbestimmungen vom 3. Mai 1925 ist vom Gewerkschaftsamt Leipzig neu herausgegeben worden. Die dritte Auflage enthält außerdem die 5. 6. und 7. Ausführungsverordnungen vom Januar 1926 sowie die Bestimmungen über Notstandsarbeiten vom 30. April 1925. Das Exemplar kostet 30 Pf. Zu beziehen durch das Gewerkschaftsamt Leipzig, Zeilstr. 32.

Uranian. Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre. Das neueste Heft von dieser empfehlenswerten Zeitschrift bringt wieder eine Reihe wertvoller Aufsätze aus den verschiedensten Wissensgebieten. Die „Uranian“ kostet vierteljährlich 1,60 bzw. 2,25 RM., je nachdem die Publikation broschüriert oder gebunden gewünscht wird. Uranian-Verlagsanstalt m. b. H., Jena.

Volkschule, Monatshefte für die Lebensfragen der Gegenwart. Januarheft 1926. Schriftleitung: Nicolaus Henningsen. Verlag Koenigsmann, Hamburg 8. Preis 50 Pf.

Sozialistische Lebensreform. Marxismus und Alkoholismus. Von Otto Jenßen. Verlag: Deutsche Arbeiter-Abstinenzler-Bund, Berlin SO 16, Engelstr. 22. Preis 20 Pf.

| |
|---|
| General-Anzeiger- und Sterbefälle der Tischler, Hamburg. |
| Gesamteinnahmen im Januar 16 938,60 RM. |
| Gesamtausgaben im Januar 49 969,77 „ |
| Nehrsausgaben 33 031,17 RM. |

Achtung! Die Abrechnungsformulare für das Jahr 1926 sind verfaßt. Ortsverwaltungen, die nicht in den Besitz derselben gelangt sind, werden um Mitteilung ersucht. A. S. u. L., Hauptkassierer.

auf Gefuchen in Amsterdam eine Konferenz mit dem Allrussischen Gewerkschaftsrat abzuhalten zwecks gegenseitigen Gebührensensurates.

Auf diesen Beschluß entwarf der Allrussische Gewerkschaftsrat mit der Forderung auf Abhaltung einer internationalen Konferenz ohne Vorbedingungen. Das heißt, die Russen lehnen es ab, ihren Anstoß an den IOGW in Aussicht zu stellen. Unter diesen Umständen blieb dem Beschluß des IOGW in seiner Dezemberfassung nichts anderes übrig, als seinen früheren Beschluß zu bekräftigen. Das geschah denn auch, und Moskau wurde davon unter-

richtet. In dem vom 6. Januar 1926 datierten Antwortschreiben erklärt der Zentralrat des Allrussischen Gewerkschaftsrats, daß er an seiner Forderung auf Abhaltung einer gemeinsamen Konferenz ohne Vorbedingungen voll festhält und den vordem gemachten Vorschlägen nichts hinzufügen kann. Gleichzeitig hält es der Allrussische Gewerkschaftsrat „für kein Verzicht“ heißt es wörtlich weiter, „das Werk der Wiederherstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit im Hinblick auf die Schaffung einer einzigen Gewerkschaftsinternationale unermüdetlich fortzusetzen“.

Rosest Pasibiki, Tischler, 21. Sept. 1925 in Schöneberg, Baumgarten 14/157. Gedachte Holzlagen, welche feiner Verfertigung sind, werden wieder erfunden, keine Arbeit an der Drehschleife, keine Arbeit an der Feilschleife. Karl Schmidt, Tischler, Ost-Ende-Str. 16.

Leim- u. Furnieröfen fertig als Spezialität (Preis gratis) Gebr. Bettfänger, Freiburg i. B.

Original Englische Tischler- u. Drechsler-Werkzeuge, Holz- u. Eisenwerkzeuge für Tischler, Preisliste gratis.

Otto Bergmann, Berlin-Lichterfelde-West, Zehlendorfer Straße 33. Werkzeug-Katalog 1925 mit demselben Logosystem versehen, ist bei allen Holzhandlungen gratis zu beziehen. Holzhandlungen werden um Kopie des Kataloges gebittet.

Oval- u. Stangen-Zirkel zum Zeichnen von Kreisen u. Ovalen in jeder beliebigen Größe. **Hobelbänke** (Preise auf Anfrage). Hobelbänke-Modelle: 28. Fugenleimapparate 10.-, 12. Leihbänke 150. Zehnhölzer 0.50. Holz-Höhler 250. Furnierschneider 1.00. Stangen-Hobel 1.50. Bohrer 0.80. Dreibühler 0.70. Dreibühler 1.00. Leimkratzer 1.40 Mk. Schraubbankhaken, Bohrer, Feilen, Abstreifeisen usw. Prospekt gratis. Einzelnung von 20 Pf. Holzmarken.

M. Waitber, Abt. Werkzeugfabrik, Dresden 22, Rehefelder Straße 53. Um den vielfachen Anfragen zu begegnen, bitte ich hiermit an: **Sportschlitten-Kufen** Laebe, gebogen, prima Qualität 80 100 120 140 160 cm Holz. 1.20 2.- 2.50 2.00 3.50 Mk. Paar ab Lager gegen Nachnahme. Um Porto zu sparen, empfiehlt es sich, von den kleinsten Nummern 2 Paar zu bestellen. Schneeschuhe gegen billige Bezahlung.

M. Waitber, Dresden 22, Rehefelder Straße 53.

Tischlerschule Blankenburg am Harz Ausbildung als Meister, Techniker u. Innenarchitekt. Programm geg. Rückp.

Alles zur Laubsägerei Reibschmitt, Holzbrand, Heißer 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. Preisliste gratis und franco.

Der beste Putzhobel mit stets kleinem Raut u. nachstellbarem Stell. Gebrauchsfertig unter Garantie. Ohne Nachholstoffe... 8.- RM. franco. Mit echter Nachholstoffe 11.50 RM. franco. **M. Messinger, Werkzeugfabrik, Nürnberg.**

SOEBEN ERSCHEIN: **Fürstenabfindung** Die Leiche zum Volksentscheid von Kurt Heindig. Einzelpreis 30 Pfennig; bei Abnahme von 10 Exemplaren 45 Pfennig; ab 100 Exemplare 40 Pfennig. Verlag: **Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes**, GmbH, Berlin SO 16, Am Kölln. Park 2.

Schlafzimmermöbel 20 Tafeln. enthaltend Abbildungen für Vertikalen und Nachtschränke, Garderobe- und Wäschechränke, Trichterstiften und Waschtiseltten im Maßstab 1:10. **Speisezimmermöbel** 16 Lichtdrucktafeln. enthaltend Abbildungen für Büfette, Kredenzen, Glanzchränke, Stunduhren, Tische, Stühle usw. im Maßstab 1:10. Preis jeder Mappe 12 Mark. In Maßstab des Verbandes 10 Mark bei Bezug durch die Verbandsstelle. **Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, GmbH, Berlin SO.**

Kollegen! Hobelbänke in jeder gewünschten Ausführung. Normalbank 2 m lang, mit Eisenpendeln, Blatt und Unterstell, aus der trockener Rotbuche 88 Mk. Bahnhütten-Betriebs-Verband Schlesien, G.m.b.H., Abteilung Fabrik für Holzbearbeitung, Liegnitz, Gieswitzer Str. 1.

VORZUGSANGEBOT! A. CONRADY: **Geschichte der Revolutionen** vom niederländischen Aufstand bis zum Verabend d. Französischen Revolution. Zwei Quartbände in Halbheften gebunden mit insgesamt 167 Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Statt 10 RM. nur 6 RM. **WILHELM BLOS:** **Die Französische Revolution** Volkstümliche Darstellung der Ereignisse und Zustände in Frankreich von 1789-1801. Mit vielen Porträts und historischen Bildern. Statt 7.50 RM. nur 4 RM. **KARL KAUTSKY:** **Der Ursprung d. Christentums** Statt 4.50 RM. nur 3.50 RM.

Hobelbänke, 2 m bis 3.00 m, H. Dreyer, Holzhandl., Spitzbergstr. 11. **Hobelbänke**, 2 Meter, Einzelpreise... 4. Mark, Karl Rombach, Pirna, Gartenstr. 4.

Paleu, Christ Wenzmann, Rebenau in Sa. **Paleu**, Tischlerwerkzeuge, Holzhandlung, Preisliste gratis. Von Ing. Berzig, Hannover, Hildesheimer Straße 17A.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SO 16, Am Kölln. Park 2. Vertriebsstelle: Berlin 28397 (D.S.).